

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwörtlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) August Rüller, Magdeburg, Verlag von Bernhard Garbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Weizhe, Magdeburg, Geschäftsstelle: Breitenweg 127. Redaktion: Breitenweg 127 (Eingang Scharvorferstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1507.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljähr. (inkl. Bringerlohn) 2 Mt. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeigerband in Deutschland monatl. 1 Exempl. 1.70 Mt., 2 Exempl. 2.90 Mt. In der Expedition und den Ausgabestellen Vierteljährl. 2 Mt., monatl. 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 epl. Bestellgeb. Einzelne Nummern (einschl. der Monatsbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Inzerentionsgebühr die fünfgespaltene Zeitspalte 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7580.

Nr. 163.

Magdeburg, Freitag, den 15. Juli 1898.

9. Jahrgang.

Parteigenossen! Die kräftigste Waffe in Eurem Befreiungskampfe ist die Presse. Seid unablässig für Gewinnung von Abonnenten thätig!

Die „Helfer“ der Sozialdemokratie.

Das Anschwellen der sozialdemokratischen Stimmenzahlen bei den Wahlen am 16. Juni hat die Gegner aller Schattierungen getrieben, ihre ganze Kunst darin zu üben, den Erfolg unserer Partei zu verkleinern. Zu dem Zweck hat man einmal die Theorie von den „Mittläufern“ erfunden und möchte der Sozialdemokratie am liebsten einen Vorwurf daraus machen, daß sie bei den Wahlen Stimmen erhält von Leuten, die noch nicht vollständig in den Gedankenkreis des Sozialismus eingedrungen sind. Aber die guten Leute empfinden offenbar selbst das Lächerliche dieser Versuche, denn wenn schon bei der Sozialdemokratie mit ihrer un-ausgesetzten wachsenden Stimmenzahl die „Mittläufer“ sollen außer Anrechnung gesetzt werden, was bliebe dann von den bürgerlichen Parteien übrig, wollte man ihnen die Mittläufer abziehen, wo sie kaum über so viele wirkliche Parteiangehörige verfügen, um bei den Wahlen die Mittläufer heranzufschleppen!

Die Kreuzzeitung hat denn auch jüngst das „wirkliche Uebel“ an anderer Stelle entdeckt; es liegt nach ihr „nicht in der Sozialdemokratie, sondern in ihrem heimlichen und unter den verschiedensten Formen und Aushängeschildern sich vereinigenden Helfern“. Diese haben — so führt das Junkerblatt weiter aus — „sich aus allerlei Sektoren zusammengefunden, welche ihr vereinzeltes Dasein ungefährlich weiterzuführen scheinen, in der That aber sich aus den Bevölkerungsklassen rekrutieren, welche berufen sind, auf die öffentlichen Angelegenheiten einen wichtigeren Einfluß zu nehmen. Man könnte hier von einer Art geheimer Propaganda sprechen, welche es möglich machen kann, daß eines Tages in allen möglichen öffentlichen Ämtern, sowohl des Staates, wie der Schule und Kirche lauter Leute sitzen werden, die stille Helfer der Sozialdemokratie waren.“ Besonders haben es der Kreuzzeitung die „neuen Fraktionisten“ angethan, in Bezug auf welche sie erklärt:

Sie sind im Meere der sozialdemokratischen Stimmen untergetaucht, aber es sind darunter Tausende von solchen Unglücklichen, die durchaus nicht etwa aus Unreife, sondern aus vollständigem Ueberzeugung gewissen sozialistischen Lehren anhängen und ehe sie davon lassen werden, lieber mit den Sozialdemokraten stimmen. Diese Elemente leben und streben eigentlich durchaus fern vom allgemeinen politischen Leben, sie können auch gar nicht politisch betätigt werden; sie sitzen in Knechttern und Schulen und züchten eben in aller Gemütsruhe die neue Generation, welche wieder neue Helfer für die nächsten Wahlen abgeben wird.

In diesen „Helfern“ liegt nach der Meinung des Junkerblattes die eigentliche Gefahr. Deshalb hat es nicht einmal völliges Vertrauen zu einer Aenderung des Wahlrechts, denn: An die Stelle ehrlicher Sozialdemokraten würde nur die wachsende Zahl der Helfer aus jenen Ständen gesetzt werden, die heimlich durch falsche Aushängeschilder rekrutiert worden sind. Wahlsysteme werden und können hier gar nichts bewirken. Der Kampf, um den es sich handelt, liegt gar nicht auf dem Gebiete der Verfassung, nicht in den Parlamenten, nicht in der Gesetzgebung, sondern ganz einfach in der Verwaltung. Es ist auch eine Täuschung, zu glauben, daß die Gesetzgebung, wie sie heute besteht, nicht vollkommen ausreichend sei, um die heimliche Propaganda unschädlich zu machen. Was eben fehlt, ist die scharfe Anwendung der bestehenden Gesetze und der guten Wille, das Uebel zu bekämpfen, selbst in den Fällen, wo es ganz offen zu Tage liegt. Die von den Ergebnissen der Wahlen laut verkündete Lehre ist durchaus keine Frage der Politik, sondern eine Frage der Courage der Regierungen. Nichts ist wohl in dieser Beziehung lehrreicher, als daß die im Geheimen wirkende sozialistische Propaganda überall genau im umgekehrten Verhältnis zu der Stärke und Entschlossenheit der Regierungen stand. Man kann daher nur mit Bedauern konstatieren, daß ja freilich die kleinen Staaten sich recht unfähig gezeigt haben, dem schleichenden Uebel entgegenzuwirken, und daß in diesen kleinen Ländern des Deutschen Reiches die letzten Jahre eine reiche Ernte des Wachstums der heimlichen Sozialdemokraten gebracht haben. Es wird daher wohl allmählich Zeit sein, daß man in Deutschland die Frage aufwirft, ob in den Bundesstaaten noch genug Courage in der Civildienstverwaltung vorhanden geblieben ist, um dem schleichenden, besonders die gebildeteren Stände verderbenden Gift mit freundlich zusprechenden Medikamenten entgegenzuwirken, oder ob das System von „sinn grade“ auch noch bis zu den nächsten Wahlen fortbauern soll.

Der Wink mit dem Zaunpfahl für die „kleinen Ländchen“ ist deutlich. Aber er wirkt nicht, weil die Voraussetzungen der Kreuzzeitung falsch sind. In Preußen mit seiner „kouragierten“ Regierung hat zwar die Sozialdemokratie einige Mandate verloren, aber die Courage der Regierung hat daran wirklich keinen Anteil, wie die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen erweist. Was das Junkerblatt will, ist die alte preussische Brutalitätspolitik, die alles verfolgt,

was nicht landrätlich abgestempelter Meinung ist. Aber das Können reicht in der That an das liebliche Wollen nicht heran. Den Grund dafür giebt die Kreuzzeitung selbst an in der Heimlichkeit der „Helferdienste“. Was soll denn die kouragierte Verwaltung machen, wenn sie die bösen Feinde nicht kennt?

Einen weiteren „Helfer“ der Sozialdemokratie hat die Kreuzzeitung in den Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften entdeckt. Diese „als Schlepper des volksparteilichen Freisinn“ fungierenden Gewerkschaften sollen — schauerhaft zu sagen — die Parole ausgegeben haben, bei den Stichwahlen für die Sozialdemokraten einzutreten. Das hat das Junkerblatt fürchterlich erobst gemacht und es wettet: „Die Gewerkschaften haben hier und da in Arbeitgeberkreisen und selbst bei der Regierung und bei Behörden bisher manche Sympathien genossen, weil sie sich als eine Art Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie hinzustellen beliebten und ihren eigenen Radikalismus damit verschleierten; nach den jetzt feststehenden Thatsachen kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß die Gewerkschaften — wie das übrigens den Kenner der Verhältnisse gar nicht überraschen kann — sich als gefährliche Mitthelfer der Sozialdemokratie erwiesen haben, und überall sollte man diese Thatsachen gebührend berücksichtigen.“

Und das muß den armen Hirsch-Dunderianern geschehen, die von jedem Mitglied das Bekenntnis fordern, nicht zur Sozialdemokratie zu gehören!

Dem Freisinn wirft auch das offizielle Organ des Bundes der Landwirte Helferdienste für die Sozialdemokratie vor, indem es sich entrüstet über die „Ausbeugung des Volkes gegen Staats- und Gesellschaftsordnung mit dem elendesten Lug und Trug“, worunter natürlich nichts anderes verstanden wird als die Aufrollung des Sündenregisters der Agrarier. Das Agrarierorgan ist in dieser Beziehung sehr empfindlich und schimpft deshalb:

An der Verbreitung dieser Lügen sind bekanntlich nicht nur die sozialdemokratischen, sondern fast noch mehr die freisinnigen Judenblätter beteiligt, und das macht die ganze Sache um so gefährlicher. Was von der Umsturzpresse vorgebracht wird, das nimmt unser Volk in seinen unverdorbenen Schichten von vornherein mit Mißtrauen auf, wenn dieselben Lügen aber auch durch solche Blätter oder Redner verbreitet werden, die sich selbst doch immer noch zu den staats-erhaltenden Parteien rechnen, dann wirken sie um vieles gefährlicher. Hier muß die bessere Hand angelegt, hier muß der Umsturzarbeit entgegengetreten werden mit aller Entschiedenheit, sonst treiben wir mit unheimlicher Schnelligkeit dem Umsturz unserer ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung, der Zerstörung von Thron und Altar, von Vaterland und Familie zu.

Das Komische an der Sache ist, daß solche Verpöndung des armen geknickten Freisinn geschicht, nachdem dieser eben in seiner Herzensangst vor der sozialistischen Hochflut seinen ärgsten Feinden, den agrarischen Junkern, den Steigbügel gehalten hat, damit sie wieder in den Sattel kommen!

In ungefähr demselben Gedankenkreise wie die Kreuzzeitung bewegen sich die konservativen Grenzboten. Ihnen erscheinen als die Väter alles Übels, die der Sozialdemokratie am meisten Vorstoß leisten, die Katheder-Sozialisten, deren das konservative Organ die folgende Philippika widmet:

Sonnenklar sind in der Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen für jeden gebildeten Mann, der nicht durch die staatswissenschaftliche Modekrankheit blind gemacht ist, die Wirkungen der Katheder-sozialistischen Bemühungen zu erkennen, die die sozialdemokratische Politik als den Arbeitern heilsam darzustellen suchen. Allein die Katheder-sozialistische und freisinnige Lehre von der Mauferung der Sozialdemokratie mußte Laufende von Arbeitern dieser in die Irre treiben. Es ist erstaunlich, daß die Wirkung dieser Lehre bei den Wahlen noch so wenig hervorgetreten ist. Zu verlangen ist deshalb unmöglich von den Katheder-sozialisten, deren Unvernünftigkeit damit in seiner Weise bezweifelt werden soll, eine größere Zurückhaltung und Bescheidenheit in den Fragen der praktischen Sozialpolitik. Es muß als eine unverantwortliche Leichtfertigkeit bezeichnet werden, wenn Anhänger dieser Schule seit Jahren den Kaiser und seine verantwortlichen Ratgeber deshalb vor der großen Masse eines antisozialen und arbeitserfindlichen Gesinnungswechsels bezichtigen, weil der Staat nicht alle in der Studierstube-theorie geborenen Sozialreformen ohne weiteres gesetzlich verwirklicht hat. Der wissenschaftlichen Arbeit dieser Schule ist dadurch ein agitatorischer Charakter verliehen worden, der die Würde der Staatswissenschaft untergräbt und die Verhöhnung der von der Sozialdemokratie erfahrenen Arbeitermassen mit dem Staat thatächlich unmöglich zu machen droht.

Die Schmoller, Wagner, Hertner, Berlepsch etc., werden wohl noch gar nicht gewußt haben, welch gefährliche Menschen sie sind. Vielleicht gehen sie als echte „Staatszerstörer“ nun in sich und blasen ebenfalls zum Rückzug auf dem Gebiete

der Sozialpolitik, damit sie der Gnade der Stumm und Konsonanten wieder teilhaftig werden.

Doch, Scherz bei Seite! Alle diese krampfhaften Versuche der Gegner — bei den Liberalen versucht man, den Agrariern und ihren unvershämten Forderungen die alleinige Schuld am Wachstum der Sozialdemokratie aufzubürden — den Schuldigen für diese erschreckende Erscheinung zu finden, lassen die vollkommene Rat- und Hilflosigkeit auch jener Leute erkennen. Man kann oder will das ständige unaufhaltsame Anwachsen des sozialdemokratischen Anhangs in seinen wirklichen Grundursachen nicht verstehen, die in der Ausbreitung des Kapitalismus und dem immer schmerzhafter werdenden Druck desselben liegen. Es scheint völlig über den Horizont unserer Gegner zu gehen, sich da hinein zu denken, daß immer größere Massen des Volkes, wenn sie auch noch nicht den vollständig klaren Einblick in den Zusammenhang der wirtschaftlichen Dinge haben, doch einerseits von dem Gefühl befeuert sind, daß die heutigen Verhältnisse unhaltbar geworden sind und dringend einer Aenderung bedürfen, und daß sie andererseits allein zur Sozialdemokratie das Vertrauen haben, eine Umgestaltung in ihrem und damit im Allgemeininteresse herbeizuführen.

Weil man das nicht versteht, sucht man so eifrig nach „Helfern“. Sie sind vorhanden; wer wollte das bestreiten! Aber diese „Helfer“ sind nur ein Beweis dafür, daß auch in Kreisen, die von den bösen Folgen des Kapitalismus nicht so direkt betroffen werden wie die Arbeiter, die Einsicht von der Unhaltbarkeit der heutigen Zustände wächst. Dieser Einsicht kann man sich fast kaum noch irgendwo verschließen, wo nicht das direkte persönliche Interesse dem entgegensteht. Und in dieser Hinsicht sind freilich die „Helfer“ den Vertretern der arbeitserfindlichen Sonderinteressen ein drohendes Mene tekel. Wir verstehen es, wenn sie deshalb in schlimmer Besorgnis sind. —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Berichtigung.

Wir erhalten nachstehende Zuschrift aus Memel: „In Nr. 147 der Zeitung „Volksstimme“, Hauptblatt, Seite 2 vom 26. Juni d. Z. steht unter der Bezeichnung „Geheimis“ Wahlrecht ein Artikel, welcher den Thatsachen nicht entspricht, indem Herr Kosznak die Aeußerung: „Ja, meine Herren, ich habe alle Stimmzettel aufgemacht, sie dann wieder zusammengepackt und in die Wahlurne gelegt, ich muß doch sehen, ob nicht vielleicht zwei zusammengepackt sind.“ nicht gemacht hat und daß ich daher dieses Verfahren auch nicht gebilligt habe. Der Königliche Landrat und Wahlkommissarius, gez. Grauz.“

Vor den Wahlen — nach den Wahlen.

Gegen das geltende Reichstagswahlrecht rührt sich nur auch das konservative Vaterland, das in seiner letzten Nummer schreibt:

Was wir wünschen ist, daß mit dem bestehenden Wahlrecht gründlich aufgeräumt werde. Es wurde eingeführt, als man die Existenz einer großen, direkt vaterlandsfeindlichen Partei nicht voraussehen konnte; nachdem diese unerhörte Thatsache aber in die Erscheinung getreten, ist es Pflicht der Reichsregierung, Wandel zu schaffen und die Maßnahmen zu treffen, welche das Wohl des Vaterlandes gebieterisch erheischt.

Die konservativen Kandidaten ließen „vor Tisch“ ganz andere, Weißen ertönen. Jedenfalls zeigt auch diese Stimme, wie recht wir hatten, als wir vor den Wahlen behaupteten, das allgemeine Wahlrecht sei in Gefahr. Wäre es den Feinden des Volkes gelungen, eine Mehrheit im Reichstage zu erlangen, so hätten wir trotz aller Versprechungen, die vor den Wahlen von den Konservativen abgegeben wurden, am längsten das heutige Wahlrecht gehabt. —

Reaktionäre Herzenswünsche.

Zum Erjaß des Sozialistengesetzes empfiehlt die Leipziger Zeitung, das Organ der sächsischen Regierung, die völlige Beseitigung der sozialdemokratischen Presse: „Hier kann das Herausgreifen einzelner Aeußerungen durch den Strafrichter oder die nachträgliche und schon deshalb wirkungslose Beschlagnahme einzelner Nummern nichts nützen; nur die dauernde Unterdrückung dieser Blätter und aller Versuche, sie unter veränderter Firma oder mit Unterschiebung von Strohmännern wieder aufzuthun, kann dem Uebel Halt gebieten.“ Ohne Wiederaufnahme der durch das frühere Sozialistengesetz gewährten Sonderrechte, das Erscheinen sozialdemokratischer Druckschriften zu verbieten, werde auf die

Heute Donnerstagabend: Volksversammlung im Luisenpark.

Fortsetzung der Diskussion über:
Die Stellungnahme der arbeitenden Bevölkerung zum Bauarbeiterstreik.

Dauer nicht auszukommen sein. Aus diesen Äußerungen ersieht man, was das deutsche Volk zu erwarten hätte, wenn die Konventionen und ihre Gefinnungsgenossen die Majorität im Reichstage hätten. —

„In sehr energischen Erlassen“

soß das **Halten sozialdemokratischer Zeitungen**, wie die Schlesische Zeitung erwähnt, seitens aller preussischen Ressorts den Beamten verboten werden. „Gegen die vergeblich gewarnter Beamten wird man sehr energisch vorgehen, eventuell mit sofortiger Dienstentlassung.“ Unter dem Sozialistengesetz war das Halten sozialdemokratischer Blätter allen deutschen Staatsbürgern so gut wie unmöglich gemacht. Trotzdem verbreiteten sich die sozialdemokratischen Ideen, ja der Zwang und die Unterdrückung förderten sie noch in besonderem Maße. Hätten unsere „Staatsmänner“ nur ein wenig soziale Einsicht und psychologische Beurteilungsfähigkeit, so müßten sie sich sagen, daß sie mit derartigen Zwangsmaßnahmen unter den Beamten ebenfalls nur Mißerfolge ernten können. —

Neue militärische Forderungen

stehen für die nächste Reichstagsession mit voller Sicherheit in Aussicht. Zu dem bisher bekannt gewordenen teilt die Kölnische Zeitung noch folgendes mit:

Bei der Militärvorlage, welche den neuen Reichstag in seiner ersten Tagung zu beschäftigen haben wird, ist auch eine Erweiterung der technischen Truppen durch Errichtung von drei Telegraphen-Bataillonen in Aussicht genommen. Der Dienst der Militärtelegraphie im Felde hat einen solchen Umfang angenommen, daß er mit Rücksicht auf seine Wichtigkeit nicht länger mehr von den Pionier-Bataillonen als ein Nebenbetrieb betrieuen werden kann, sondern die Aufstellung einer besonderen Truppe erfordert, wie sie in allen anderen großen Heeren längst vorhanden ist. Den Stamm für die zu errichtende Telegraphentruppe wird die 5. Kompanie des Garde-Pionierbataillons abzugeben haben, die seit etwa zwei Jahren als Versuchstruppe an die Militär-Telegraphenschule abgegeben ist und auch ein besonderes Telegraphenabzeichen auf den Schultern trägt. Eine Vereinigung dieser neuen Formationen mit den Eisenbahnruppen ist um so weniger beabsichtigt, als die Hauptfähigkeit der Telegraphentruppe in die vorderste Linie gehört, was bei der Eisenbahnruppe nicht der Fall ist.

Die Steuerzahler mögen sich also rüsten. Sie haben es sich selbst zuzuschreiben, daß immer neue Anforderungen an ihren Geldbeutel gestellt werden. Warum haben sie bei den Wahlen nicht des alten Wortes gedacht: Wähle, wie Du, wenn Du steuerst, wünschen wirst, gewählt zu haben!

Kapital- und Gewerbeaufsicht.

Die Fabrikinspektions-Berichte fordern, wie wir mitteilten, mehrfach einen gesundheitslichen Maximalarbeitstag. Da haben es die Aufsichtsbeamten aber sofort mit dem Unternehmertum verstanden. Die Kölnische Zeitung zieht bereits in rabinischen Worten gegen diese Ratschläge zu Felde. Diese Vorschläge, so erklärt sie, haben „in der deutschen Industrie eine große Unruhe hervorgerufen,“ und das unverfälschte Kapitalistenblatt kanzelt die behördlichen Herausgeber der Berichte zugleich mit den betreffenden Aufsichtsbeamten also ab:

Derartige, zum großen Teil unreise, schließlich doch ohne das erforderliche Maß gründlicher Sachkenntnis gemachte Vorschläge gehören als vorläufiges Material in die Akten, nicht aber in die Öffentlichkeit. Denn welcher noch so tüchtige Gewerbe-Aufsichtsbeamte kann das ganze Gebiet der Industrie, das hier in Frage steht, beherrschen?

Sosern die Gewerbe-Aufsichtsbeamten mit Vorliebe und Ausführllichkeit über die „Böhlthätigkeits“-Einrichtungen der Unternehmer und die, wie die vielfach übliche Phrase lautet, „verhältnismäßig günstige Lage“ der Arbeiter berichteten, hatten sie stets den vollen Beifall der bürgerlichen Presse, und jede Kritik von sozialdemokratischer Seite gegen jene Berichterstattung wurde als Versuch einer unberechtigten Herabwürdigung der lobenswerten Beamten, als Aufhebung der Arbeiter scharf verurteilt. Und sobald nun einmal die Aufsichtsbeamten, nachdem sie im Laufe längerer Amtstätigkeit die Arbeiterverhältnisse gründlicher kennen gelernt, mancherlei Mängel entdeckt haben und daraufhin Abhilfevorschläge machen — siehe, da ist plötzlich alles umgetauscht. Da werden ihre Vorschläge von der bürgerlichen Presse als „barer Unfinn“ bezeichnet, heißt es, es fehle den Beamten an Sachkenntnis und ihre Berichte gehörten höchstens in die Akten, nicht in die Öffentlichkeit. Wir wundern uns nur, daß noch nicht die Abhebung jener Beamten gefordert wird, die es gewagt haben, gegen C. Majestät Kapital ein wenn auch nur sehr mildes Wörtchen zu sagen! —

Die Verantwortlichkeit des Zeitungsverlegers

spielt in einem Prozeß gegen die Kölnische Zeitung eine seiner Zeit sehr beipfichende Rolle. Es handelte sich um eine Beleidigung des früheren Landtagspräsidenten v. Köller. Angeklagt wurde nicht nur der verantwortliche Redakteur, sondern auch der Verleger des Blattes. Die Kölnische Strafkammer hatte auch den Verleger verurteilt, weil er bis zur Verkündung des Urteils erster Instanz den Verfasser des gerügten Artikels nicht bezeichnet hatte und weil er keine Umstände anführen konnte, weswegen er hätte verhindert sein können, von den beleidigenden Artikeln Kenntnis zu nehmen und sie zu unterdrücken. Die Sache beschäftigte jetzt das Oberlandesgericht in Stettin. Der Verteidiger sowie der Oberstaatsanwalt Dalke beantragten die Aufhebung des Urteils und Freisprechung. Das Oberlandesgericht erkannte nach diesen Anträgen. Damit ist dem Sinne des Pressgesetzes Fügung geschehen. —

Statistik der Eisenbahnunfälle.

Nach der im Reichseisenbahnamt aufgestellten Nachweisung der auf deutschen Eisenbahnen, ausschließlich Bayerns, im Monat Mai d. J. vorgekommenen Betriebsunfälle waren deren 190 zu verzeichnen, darunter 9 Entgleisungen auf freier Bahn, 17 Entgleisungen in Stationen, ein Zusammenstoß auf freier Bahn und 12 Zusammenstöße in Stationen. Die Betriebslänge betrug 40 388 Kilometer, an Zugkilometern wurden geleistet 30 416 709, so daß je ein Unfall auf 213 Kilometer Betriebslänge oder auf 160 688 Zugkilometer entfällt. Bei den Unfällen wurden 56 Personen, darunter zwei Reisende, getötet und 106 Personen, darunter 15 Reisende, verletzt. —

Neues aus Kautschau.

Zur wirtschaftlichen Erschließung von Kautschau sind nach der Kölnischen Zeitung geplant ein erstklassiger Hafen mit allen Einrichtungen, welche der moderne Schiffsverkehr verlangt, und damit im Zusammenhang die völlige Neugründung einer Stadt modernen Gepräges. Esntau, der bläherige Sitz der deutschen Verwaltung, ist als Städteplan nicht geeignet, ebensowenig die Hebe dieses Dries als Hafen. An den Stadtplänen wird fortwährend gearbeitet. Da aber die Pläne für Hafen- und Stadanlagen noch nicht feststehen, hat das Gouvernement folgende Anordnung getroffen, um die Möglichkeit zu vermeiden, welche ebenso kostspielig wie zeitraubend wäre, daß nämlich einzelne Grundstücke, die bereits an Private vergeben waren und mit deren Bebauung diese vielleicht schon begonnen hätten, hinterher bei der Stadanlage für Straßen, öffentliche Bauten usw. benötigt würden und dann vom Gouvernement zurückgekauft werden müßten. Es werden augenblicklich Grundstücke in Kautschau vom Gouvernement nur auf Widerruf überlassen, d. h. mit der Klausel, daß sie der Verwaltung auf Verlangen wieder zur Verfügung gestellt werden müssen. In dieser Klausel hat man in allen bisher vom Gouvernement abgeschlossenen Veräußerungsverträgen, ohne jede Rücksicht auf die Person des Erwerbers, ausnahmslos festgehalten. In naher Zukunft, sobald die Stadtpläne feststehen und die Vermessung der Grundstücke, woran mit aller Kraft gearbeitet wird, abgeschlossen ist, wird die endgültige Vergebung des Landes an Private beginnen. Für unsere Steuerzahler eröffnet sich da ja eine recht angenehme Perspektive. —

Berliner Stimmungsbilder.

Hg. Die Berliner Kommunalverwaltung erfährt seit einiger Zeit heftige Angriffe von seiten der konservativen und antisemitischen Berliner Presse. Der Berliner Kommunalfreisinn, der die Verwaltung in Händen hat, wird mit diesen Angriffen bedacht, weil er unseren Genossen Singer in die Schulddeputation delegiert hat. Diese Delegation ist ohne Widerspruch erfolgt, ein Beweis, welches Ansehen sich unser Genosse auch bei seinen Gegnern erfreut. Daß die weitaus stärkste Partei der Stadt Berlin in der Schulddeputation vertreten ist, dürfte nicht mehr als recht und billig sein. Die reaktionäre Presse aber ißt so, als müßte alles Bestehende zu Grunde gehen, weil ein Sozialdemokrat Sitz und Stimme in einer Berliner Stadtbehörde erhalten hat. Die Regierung wird ermuntert, auf Grund veralteter Kabinettsordnes Widerspruch gegen die Wahl Singers zu erheben. Man ist aber nachgewiesen, daß das Bestätigungsrecht für die Wahlen zur Schulddeputation längst von der Regierung an den Berliner Magistrat übertragen worden ist. Deshalb wird vom Magistrat der Bütteldienst verlangt, die Wahl Singers aufzuheben, und es wird ihm in Falle des Ungehorsams angedroht, daß die Delegation des Bestätigungsrechtes von der Regierung wieder zurückgenommen und die Fügel der Staatsaufsicht im Unterrichtswesen strenger angezogen werden würden.

Man geht noch weiter. Bekanntlich hat es der bisherige Oberbürgermeister Zelle satt bekommen, die auch für einen schmieglamen Mann unbecomene Rolle eines Puffer's zwischen Regierung und Stadtverordnetenversammlung zu spielen, und er hat sein Amt niedergelegt. Zu seinem Nachfolger ist der jetzige Bürgermeister Kirchner gewählt, aber die Bestätigung dieser Wahl ist noch nicht erfolgt. Die freikonservative Post deutete nun an, daß diese Bestätigung von einer Art Examen auf politische Zuverlässigkeit abhängig gemacht werde. Wenn Herr Kirchner nicht feierlich gelobe, dem sozialdemokratischen Einflüsse, der sich in der Stadtverordnetenversammlung bemerkbar mache, entgegenzuwirken, sei er als Oberbürgermeister nicht zu gebrauchen.

Wir haben zu dem Mannesmut der Berliner Freisinnigen kein besonderes Vertrauen, aber wir glauben doch, daß ihnen solche Vorschläge wider den Strich gehen. Konfliktstoff ist genug vorhanden, und die Tage, wo man den Reptilsbrunnen auf dem Schloßplatze vom Volkswitze das „Fordenbecken“ gekauft, sind vorüber. Das Oberverwaltungsgericht hat am Ende voriger Woche die Klage der Stadtverordnetenversammlung gegen die Verfügung des Oberpräsidenten, die die Niederlegung eines Kranzes auf dem Grabe der Märzgefallenen durch eine Deputation der Stadtverordneten verbott, bekanntlich zurückgewiesen, weil hierin eine den Gemeindeförperschaften untersagte politische Tätigkeit zu erblicken sei. In einer Reihe freisinniger Berliner Blätter hat dies Urteil zu dem Vorschlage geführt, die Gemeindeverwaltung möge ihrerseits sich nun auch vor denjenigen politischen Handlungen in Acht nehmen, gegen die nie ein Verbot des Oberpräsidenten ergehen würde, also vor Ausgaben für die Straßenschmückung zu Ehren fremder Potentaten u. Der Vorschlag ist ganz folgerichtig, aber wir glauben nicht, daß Ernst damit gemacht wird, so sehr es im Interesse der Steuerzahler läge, wenn der Stadtsäckel für solche Ausgaben nicht zu haben wäre, mit denen die übergroße Mehrheit der Berliner Bürger durchaus nicht einverstanden ist. Jedenfalls zeigen aber diese Vorschläge, wie die Stimmung ist. Dem Stalge des Berliner Kommunalfreisinn's wird eben zu übel mitgepielt. So hat die Stadtverordnetenversammlung seiner Zeit beschlossen, den Friedhof der Märzgefallenen

mit einem Portal zu schmücken und mit einem einfachen Gitter zu versehen. Man hat sich dabei nicht sonderlich in Unkosten gestürzt. Die Pläne des Stadtbauamts Hoffsman für das Friedhofportal sind sehr nüchtern ausgefallen, aber trotz dieser Nüchternheit hat das Berliner Polizeipräsidium immer noch nicht die Bauerlaubnis erteilt, obwohl Monate vergangen sind, seit die Pläne vorgelegt wurden. Kurz, es wird hinüber- und herübergeschoben, und es sollte uns nicht wundern, wenn nächstens wieder in der Sakaienspreffe der Gedanke auftaucht, Berlin seines Charakters als Residenzstadt zu entkleiden und Potsdam zu einem deutschen Versailles zu machen. Als die Ententepläne keine Gegenliebe fanden, tauchte dieser Vorschlag schon einmal auf, freilich ohne irgend welchen Eindruck zu machen. —

Nachrichten aus dem Auslande.

In Italien stellt das neue Ministerium eine Periode der Ausnahmegeetze, noch gewaltthätiger als sie bisher schon auf dem unglücklichen Italien lasteten, in Aussicht. In der Sitzung der Deputiertenkammer am Montag hielt der Ministerpräsident Pelloux eine Rede gegen die „umstürzlerische Propaganda“, welche sich von den Neben, wie sie ähnlich gesehildete „Staatsmänner“ zu Duzenden bei ähnlichen Gelegenheiten gehalten hatten, in nichts unterschied. Vereine, welche gegen den Staat „konspirieren“ und „Klassenhaß zu erregen suchen“, betrachte die Regierung als außerhalb des Gesetzes stehend. Die Sozialisten seien verantwortlich für die Ausschreitungen der Anarchisten und die Unfrüchte. Herr Pelloux will aber auch eine „Politik der Beruhigung, um die materiellen und moralischen Leiden des Landes zu heilen“. Ja, warum hat man eine solche Politik nicht schon längst getrieben, sondern immer nur versprochen? Dann hätte man die traurigen Ereignisse, den Mordstand und das Blutvergießen und die Henkerarbeit der Militärgerichte vermieden! Auch das jetzige Ministerium will sein „Beruhigungs“-Programm erst im November entwickeln. Das Bedrückungs-Programm aber ist schon jetzt fertig. Die Regierung fordert nämlich folgende zeitweilige Maßnahmen: 1. die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung; 2. die Restitutions des Belagerungszustandes, 3. die Wiederinsetzung des Gesetzes über das Zwangsdomizil, 4. die Verschiebung der administrativen Wahlen und 5. die Militarisierung des Eisenbahnpersonals. Und die bedientenhafte „Ordnungs“-Kammer hat natürlich nicht gezipfert, diese Politik der Brutalitäten zu unterstützen. Eine von dem Deputierten Calissano eingebrachte Tagesordnung, daß die Kammer die Erklärungen der Regierung billige und zur Beratung der einzelnen Artikel der Vorlage übergehen wolle, wurde in namentlicher Abstimmung mit 206 gegen 40 Stimmen angenommen. —

Die Dreyfus-affaire hat nun eine neue Wendung erfahren. Major Esterhazy ist am Dienstagabend in Paris zusammen mit seiner Geliebten Madame Pays verhaftet worden. Esterhazy geriet, als der Untersuchungsrichter Vertulus ihm seine Verhaftung verkündigte, in furchtbare Aufregung und weinte. Esterhazy stieß dann Drohungen aus und soll gesagt haben: „Jetzt werde ich auch sprechen“. — Auch in der Wohnung der Frau Esterhazy sollte eine Hausdurchsuchung vorgenommen werden; dieselbe unterblieb jedoch, da Frau Esterhazy auf dem Lande weilt. In der Wohnung der Geliebten Esterhazy's wurden zahlreiche Papiere beschlagnahmt. Die Verhaftung Esterhazy's soll auf Grund einer Prüfung verschiedener Schriftstücke beschlossen worden sein, die, wie man annimmt, von Esterhazy diktiert und von seiner Geliebten, Madame Pays, auf seine Veranlassung geschrieben sein sollen. — Nach anderweitiger Meldung soll die Verhaftung Esterhazy's wegen Wechselfälschung erfolgt sein. — Auch Picquart soll verhaftet werden, weil er unberufenen Personen Schriftstücke mitgeteilt hat, welche die äußere Sicherheit des Staates interessieren. Am Dienstag nachmittag wurde bei Oberst Picquart eine Hausdurchsuchung vorgenommen. Die Beamten nahmen die beschlagnahmten Papiere mit sich. Eine zahlreiche Menge veranaltete vor der Wohnung Picquart's eine Kundgebung. — Der Senator Trarieux schrieb an den Justizminister Sarrien, um ihn zu benachrichtigen, daß er dem Obersten Picquart ein Asyl einräume und daß die Polizei, wenn sie den Oberst verhaften wolle, ihn unter seinem Dache finden würde. —

Vom spanisch-amerikanischen Kriegeschauplatz ist die Kapitulation Santiagos noch nicht gemeldet. Ueber das Bombardement von Santiago berichtet ein ausführliches Newyorker Telegramm aus Siboney folgendes: Viele Geschosse fielen in die Stadt und steckten sie an vier Stellen in Brand. Gleichzeitig dehnte das Landheer seine Linien aus und näherte sich der Stadt, so daß nunmehr alle Zugänge zu der Stadt bewacht sind und es unmöglich erscheint, daß die Spanier entkommen können. Dienstag früh eröffneten die amerikanischen Batterien auf den Hügeln vor der Stadt das Feuer auf die spanischen Verschanzungen. Die Spanier erwiderten das Feuer nur schwach. Auch die amerikanischen Tirailleurs unterhielten ein mörderisches Feuer. Schließlich gaben die Spanier ihre letzten Verschanzungen auf, ohne noch viel Widerstand zu leisten. Gegen Mittag gab General Shafter Sampson das Signal, das Feuer einzustellen, und sandte den General Wheeler mit der Parlamentärflagge an General Toral, um diesem einen Brief zu überbringen, in welchem er den spanischen General darauf aufmerksam machte, daß die amerikanischen Schiffe gezeigt hätten, sie könnten die Stadt zerstören. Santiago sei zudem von dem amerikanischen Landheer cerniert. Shafter wies auch darauf hin, daß 18 000 spanische und cubanische Flüchtlinge in Cayahuebe dem Hungertode ausgehehrt seien, da die Amerikaner keine Mittel hatten, um sie zu ernähren. Schließlich forderte Shafter die Stadt zur Übergabe auf, indem er bemerkte, daß eventuell das Bombardement zu Lande sofort wieder aufgenommen werden würde. Nach mehreren Stunden entgegnete General Toral, er müsse erst von Madrid Instruktionen einholen und werde nach Eingang derselben

eine definitive Antwort geben. General Staffer befehlt daraufhin seinen Truppen, zu ruhen, sich aber möglichst bereit zu halten, um den Angriff jederzeit wieder aufnehmen zu können. Bis 6 Uhr abends war von Toral noch keine Antwort eingegangen.

Die Entwicklung des Sozialismus in Japan macht recht erfreuliche Fortschritte. Schon jetzt kann man in dem sich rapide zum Industriestaat entwickelnden Lande von einer sozialistischen Bewegung sprechen. An der Spitze derselben stehen vorzugsweise Gebildete, welche die europäische Literatur kennen. So ist ein Offizier des japanischen Generalstabes, der zu seiner Ausbildung nach England geschickt worden war, um die Armee-Organisation zu studieren, als überzeugter Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus in die Heimat zurückgekehrt und hat dort eine Uebersetzung des kommunistischen Manifestes herausgegeben. Auch eine sozialistische Arbeiterzeitung — Die Zukunft des Arbeiters betitelt — erscheint bereits in Tokio. Liberale Blätter dringen in die Regierung, die Forderungen der Arbeiter bei Zeiten zu prüfen und dem berechtigten Streben nach Besserung ihrer Lage gerecht zu werden. Noch kommt zwar die Stimmung der Arbeiter nicht klar zum Ausdruck, da die meisten das Wahlrecht, das an eine Steuerleistung von 15 Yen gleich 65 Mark geknüpft ist, nicht besitzen. Aber durch gewerkschaftliche Organisationen wissen die Arbeiter doch ihren Forderungen und Bestrebungen den richtigen Nachdruck zu verleihen, soll doch die Zahl der organisierten Arbeiter bereits auf 300 000 angewachsen sein, wobei freilich Reste des feudalen Feudalismus mit einbegriffen sind. Maschinenbauer, Buchdrucker, Weber, Dekorationsarbeiter, Maurer und Gerber haben sich in Form der britischen Trade Unions konsolidiert, in den größeren Städten schreiet diese Organisation eifrig fort; schon ist eine Steigerung der Arbeitslöhne erreicht; die Ausstände nehmen sich auffällig, und auch die Begleiteterscheinungen derselben: Boykott, Verachtung der Streikbrecher, Konflikte mit der Polizei zeigen sich genau wie in Europa. Dem gegenüber bleiben die Arbeitgeber auch nicht untätig, sie schließen sich zu Verbänden zusammen, um dem Drucke von unten mit dem Drucke von oben zu begegnen. Es ist von höchstem Interesse, eine soziale Bewegung in dieser zeitlichen Konzentration sich vollziehen zu sehen.

Nachrichten aus Magdeburg.

Zum Streik der Bauarbeiter ist nichts neues zu berichten, die Situation ist seit gestern unverändert geblieben. Während der großen Schulfesttage sind bisher in jedem Jahre unsere Schulgebäude einer gründlichen Revision unterzogen worden und in den einzelnen Klassenzimmern waren Maurer, Maler, Zimmerer und Tischler beschäftigt, um schadhafteste Stellen an den Wänden und Decken, an Bänken und Tischen etc. auszubessern oder auch einzelne Klassen mit neuem Anstrich zu versehen. In diesem Jahre hat man von diesen Arbeiten Abstand genommen, da sich Maurer und Zimmerer im Streik befinden. Verschiedene andere Bauhandwerker sind dadurch in Mitleidenschaft gezogen worden. So zu lesen in der Magdeburgerischen Zeitung. Die übrigen Bauhandwerker können sich für die Schädigung, welche sie erleiden, bei ihren Kollegen im Arbeitgeberverband bedanken.

Eine Vernehmung hatte am Mittwoch unser Redakteur, Genosse Müller zu bestehen. Er soll in einer Lokalisation des Gemeindevorsteher von Osterweddingen beleidigt haben, weil er behauptete, in Osterweddingen seien die Gemeindevorarbeiten einem Maurer entzogen worden, weil derselbe sozialdemokratisch gewählt habe. In derselben Notiz war gesagt worden, ein Grundbesitzer in Osterweddingen habe ein Mädchen ins Gesicht geschlagen, so daß Blut floß. Auch diesen Fall bezog der Herr Gemeindevorsteher auf sich. Er wil'd das Mädchen nicht geschlagen haben in der geschätzten Art und Weise.

Wegen Beleidigung des Staatsanwalts in Gersdorf hatte sich der Redakteur der Thüringer Tribüne, Genosse Kubold, am Dienstag zu verantworten. Die Beleidigung sollte begangen sein in einem Artikel, in welchem die Beschäftigung des Genossen Schulz, Redakteur der Thüringer Tribüne, während einer dreimonatlichen Gefängnisstrafe besprochen war. Das Landgericht in Gersdorf sprach den Genossen Kubold jedoch frei. Wegen desselben Angelegenheit schwebt auch gegen unseren Redakteur, Genossen Müller, ein Strafverfahren.

Die heutige Prozeß im Baugewerbe sind der Meinung, die streikenden Maurer und Zimmerer müssen bald wieder die Arbeit aufnehmen, weil es den Streitenden an Geld zur Weiterzahlung der Unterzahlung gebracht. Um den Herren diesen frommen Wahn zu zerstören, wollen wir ihnen einmal die Abrechnung des Zimmererverbandes vom 1. Quartal 1898 vor Augen führen. Derselbe weist eine Gesamteinnahme von 77 511,07 Mk. auf; dieser Summe steht eine Gesamtausgabe von 26 954,76 Mk. gegenüber, hierunter figurieren Streikunterstützungen mit 11 033,16 Mk., für Agitation 1783,25 Mk., für das Verbandsorgan 8018,07 Mk., Beitrag für die Generalkommission (IV. Quartal 1897) 478,14 Mk. An Gehälter wurden 900 Mk., für Hilfsarbeiter und Vertretung des Vorsitzenden 523,25 Mk. gezahlt. Man sieht, eine Weile halten es die Zimmerer schon noch aus. Mindestens ebenso günstig liegen die Verhältnisse bei den Maurern, so daß man wohl sagen kann, einige Zeit wird wohl noch darüber hingehen, bis die Streitenden aus Mangel an Mitteln gezwungen werden nachzugeben. Wenn die Unternehmer so lange warten wollen, werden eine ganze Anzahl von ihnen ihrer selbstherrlichen Würde als Bauunternehmer verlustig gehen.

Kriegsvereinskongreß. In einem uns zugestellten Protokoll über die 11. Abgeordnetenversammlung des Kreisriegerverbandes Magdeburg, die am 8. Juni in der Freundschaft tagte, finden wir unter XVI folgendes verzeichnet: „Der Kamerad Weiland fragt namens des Vereins „Franssch“ an, ob Kameraden, welche dem Reichstäder

Konsumverein angehören, aus demselben austreten möchten, weil er in der Mehrheit sozialdemokratisch sei. Der Kamerad Vorlesende hält die Sache nicht für geeignet, um sofort in der Abgeordnetenversammlung erörtert zu werden und sagt zu, daß die Angelegenheit dem Vorstande besprochen und dann dem Verein Nachricht gegeben werden soll.“ Das sind die unpolitischen Kriegervereine. Neugierig sind wir aber doch, wie die Entscheidung des Vorstandes ausfällt. Wird im Sinne des „Kameraden Weiland“ entschieden, dann werden sich wohl die Mitglieder des Reichstäder Konsumvereins die Frage vorlegen, was für sie vorteilhafter ist, die Zugehörigkeit zum Konsumverein oder zum Kriegerverein, der seinen Mitgliedern doch nur Vorteile von höchst problematischem Werte bietet.

Der amtliche Anzeiger spricht in seiner letzten Nummer von 57 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten. Entweder die rote Farbe hat auf die Redaktion ihre bekante Wirkung ausgeübt, so daß die Herren noch nicht recht sehen und zählen können, oder sie haben sich bis heute noch nicht von ihrem Schreck erholt.

Am heutigen Tage, 15. Juli, beginnen die Gerichtsferien. Während der Ferien werden nur in Familiensachen Termine abgehalten und Entscheidungen erlassen. Familiensachen sind Strafsachen, Verfestungen und die eineinstweilige Verfügung betreffende Sachen, Ehe- und Marktsachen, Streitigkeiten zwischen Vermietern und Mietern von Wohnhäusern und anderen Häusern wegen Ueberlassung, Benutzung und Abnutzung derselben, sowie wegen Zurückhaltung der vom Mieter in die Mieträume eingebrachten Sachen, Wechselsachen und Bausachen, wenn über die Fortsetzung eines angefangenen Baues gestritten wird. Auf das Mahnverfahren, das Zwangsvollstreckungsverfahren und das Konkursverfahren sind die Ferien ohne Einfluß.

Mit den sogenannten Scheinanzverkäufen hatten sich die Hamburger Gerichte kürzlich zu beschäftigen und bot Veranlassung hierzu die Ausverkaufsanzeige eines Geschäftsinhabers, in der unwarhaftig angegeben wurde, „daß fast alle Waren zur Hälfte des früheren Preises verkauft würden.“ Der Geschäftsinhaber wurde von beteiligter Seite wegen Vergehens gegen das Gesetz betreffend die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes zur Anzeige gebracht. Ueber-einstimmend sprachen in drei Instanzen die Gerichte die Strafbarkeit der Handlung des Angeklagten bzw. seine Verurteilung aus. In den Urteilen des Urteils des Hanseatischen Oberlandesgerichts heißt es u. a.: „Zunächst ist es nicht richtig, daß aus der Feststellung des Landgerichts sich ergibt, daß alle Waren im allgemeinen billiger verkauft worden seien. Das Berufungsgericht sagt vielmehr: Eine Herabsetzung der Preise habe im allgemeinen stattgefunden. Um 50 Prozent sei der Preis nur in seltenen Fällen ermäßigt, bei manchen Sachen sei er überhaupt nicht ermäßigt, bei vielen sei eine Ermäßigung von 30 Prozent eingetreten. Diefach, namentlich bei fertigen, sogenannten konfektionierten Sachen, sei der Preis zunächst aufgeschlagen, die Ware mit einer entsprechenden, mit Zinte geschriebenen Auszeichnung versehen und dann eine weitere mit Blauschlur geschriebene Auszeichnung hinzugefügt worden, die entweder dem Nominalpreise gleichkommen, oder, wie gewöhnlich der Fall, sich etwas unter diesem gehalten habe.“ Thatsächlich unwahr waren demnach die Angaben der Annoncen und, daß geräumt werden sollte „für die Hälfte der früheren Preise“, „zu wirklichen Schlusspreisen“, und ebenso, daß „fast alle Waren zur Hälfte des früheren Preises verkauft“ würden. Es ist auch die Annahme des Landgerichts, daß diese Angaben zur Zurechtfindung des Publikums geeignet seien, nicht zu beanstanden, selbst wenn diese Annahme nicht lediglich aus inhaltlichen, der Nachprüfung des Revisionsgerichts entzogenen Gebiete liegen sollte. Insbesondere ist es für die Unwahrheit des § 4 des Gesetzes zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbes ohne Bedeutung, ob das Publikum auch bei Kenntnis der wirklichen Sachlage, in gleicher Weise zum Kauf veranlaßt gewesen sein würde, daß also die unwahren Ueber-reibungen in den Annoncen und Plakaten des Angeklagten für das-selbe nicht bestimmend gewesen wären.

In den Labengeschäften und anderen offenen Verkaufsstellen wurden in der Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1898 unter anderen folgende Proben von **Nahrungsmitteln entnommen und amtlich untersucht:** Milch in 520, Butter in 78, Käse in 39, Wurst in 22, Wein in 5, Weineßig in 4, Margarine in 2, Schmalz in 1, Malzstosse in 1 Fällen. Verfälschte oder verdorbene Ware wurde bei diesen Untersuchungen in 14 Fällen vorgefunden. Ferner wurden 5 Proben emalliertes Kochgeschirr und 15 Proben Signalpfesen auf Weigegehalt untersucht, wobei von den letzteren 11 Proben unzulässigen Weigegehalt aufwiesen. Außerdem sind auf den Wochenmärkten und bei auswärtigen Frieschern, welche Fleisch an Heilige Fleischer und an Privatpersonen verkaufen, als verdorben beschlagnahmt: etwa 15 Kilo Kalbfleisch, 2 Kilo Schweinefleisch, 1 Schweineleber, 2 ausgeschlachtete Hühner und 1 ausgeschlachteter Hahn.

Unfälle. Der Kutsher Franz W. ist auf dem Stadtmarsch von seinem eigenen Fuhrwerk überfahren worden; er erlitt einen Splitterbruch am linken Oberarm, einen Beckenbruch und Verletzungen an beiden Oberextremitäten. Der Arbeiter Heinrich W. ist auf der Ebnisse von Eisenarbeiten nach Kruppenfeld auf der Schloßstee gefallen und überfahren worden und erlitt schwere Verletzungen am Kopf. Beide Verletzte fanden Aufnahme in der allstädtischen Kranken-anstalt.

Nachrichten aus der Provinz.

Grubleben. (Unglücksfall.) Einen Revolver, der angeblich nicht geladen war, schickte sich der Wirtschaftslehrling Alfred Wegener. Als dieser aber zur Erde fiel, entlud er sich und die Kugel ging dem Wegener in den rechten Unterschenkel, zerplitterte den Knochen und blieb stecken.

Haberstadt. (Eingestürzte Eisenbahnbrücke.) Die hinter der Station Drei Aemmen-Döhne der Harzquerbahn Wenigerode-Nordhausen befindliche Eisenbahnbrücke ist Montag morgen eingestürzt. Der erste Zug hatte die Brücke eben passiert, als dieselbe vollständig zusammen-brach. Angeblich soll der Regen die Mauern unterwaschen haben und dadurch denselben den Halt genommen haben. Der Verkehr wird durch Umfahrungen aufrecht erhalten.

Hausfömmern. (Münzenraub.) In Hausfömmern wurde beim Abbruch des Hubertischen Hauses ein mit harten Thälern aus dem Ende des vorigen und dem Anfange dieses Jahrhunderts gefülltes Fäßchen gefunden. Der Silberwert der Münzen ist auf 3000 Mark geschätzt worden. Wahrscheinlich hat ein früherer Besitzer des Hauses den Schatz in der Zeit der Napoleonischen Kriege verborgen.

Nordhausen. (Hörselt.) Ueber eine rohe That wird aus Bilzingsleben berichtet. Davi erhielt vor einigen Tagen ein Landwirt H. von einem Arbeiter, mit dem er in Streit geraten war, einen so heftigen Schlag mit der Faust über den Kopf, daß er eine klaffende Wunde erlitt. Diese ist durch Entzündung so schlimm geworden, daß H. gestorben ist.

Nachrichten aus dem Reich.

Berlin. (Angewandter Mörder.) Endlich soll auch ein-mal ein Mörder gefunden worden sein. Am Sonnabend wurde der Schneider Hugo Guttman, als dringend verdächtig der Ermordung der Prostituierten Singer, verhaftet. Vor dem Untersuchungsrichter legte er beharrlich und bestielt sogar die Singer gekannt zu haben. Guttman hat die Aufmerksamkeit der Kriminalpolizei dadurch auf sich gelenkt, daß er mehrere anonyme Briefe an sie richtete, worin er angab, den Mörder der Singer zu kennen, und dabei Umstände be-züchelte, die nur dem Mörder selbst bekannt sein konnten. Guttman ist etwa 25 Jahre alt, hager und unter Mittelgröße.

Wismar. (Krawall.) In einem Krawall kam es am Dienstag in Wismar auf dem Gledowigplatz infolge eines Streites zwischen einem Metzger und seinem Burken; letzterer erhielt dabei schwere Kopf-wunden, so daß er blutüberströmt in das Hospital eingeliefert wurde. Infolge dieses Vorfalls hatte sich bald eine große Menge Menschen gesammelt, welche innerhalb einer Stunde zu mehreren Tausenden anwuchs. Man forderte die Herausgabe des Metzgers, demolierte das Haus desselben und verhöhnte die Schutzleute. Als die letzteren tät-lig angegriffen wurden, gingen sie mit der blanken Waffe vor und requirierten zur Hilfeleistung die Feuerwehr. Die Geschäftsinhaber wurden aufgefordert, die Laden zu schließen. Zahlreiche Personen sind verhaftet, mehrere verletzt. Nach vier Stunden konnte die Feuerwehr wieder abrücken.

Vom Unwetter im Harze.

Immer neue Nachrichten werden bekannt, aus welchen ersichtlich ist, wie verheerend die Regenmassen gewirkt haben, die Sonnabend und Sonntag in den Harzniederungen und im Drauschnweigschen niedergingen. Auf dem Broden wurden von Sonntag nachmittag bis Montag früh nicht weniger als 130 Millimeter Regen gemessen, eine Menge, von deren außerordentlicher Höhe man eine richtige Vorstellung erst gewinnt, wenn man sich vergegenwärtigt, daß hier in wenigen Stunden fast eben soviel Niederschlag fiel, wie unter normalen Verhältnissen im mitteldeutschen Tieflande in einem ganzen Vierteljahr. In Lautenthal sind alle Brücken zerstört und der Kurpark ver-nichtet. In Wernigerode sind Hetttemme und Billerbad ausgetreten und haben besonders die Gärten arg mi-genommen. In Harzburg hat die Rabau Schuttmann weggerissen und Verwüstungen angerichtet. In Oker stürzte eine Fabrik ein. Kleinere Brücken sind allenthalben eingestürzt oder mußten gesperrt werden. Ähnlich lauten die Meldungen aus Wilsborn, Anersbach, Klausthal usw. Nur mit Gefahr ihres Lebens konnten in Lautenthal zahlreiche Per-sonen, nur mit dem notdürftigsten Bekleid, in der Nacht zum Montag ihre Schlafstätten verlassen. Frauen und Kinder mußten von den sich am Rettungswert be-teiligten Berg- und Feuerwehrlenten durch die Flut getragen werden. Mit vieler Mühe wurde das Vieh aus den Ställen geschafft und in höher gelegene Ge-bäude untergebracht. In Hellerfeld sollen bei den Rettungsarbeiten mehrere Personen den Tod gefunden haben. In Seesen sollen beim Einsturz einer Brücke zwölf Menschen in die Fluten gestürzt und die Mehrzahl ertrunken sein. Auch in Ohrum sind einige Personen ertrunken. Hart betroffen wurden die Städte Hilbesheim, Drauschnweig und Wolfenbüttel. Die ganze Niederung bis Wernburg gleich einem See. Der Schaden, den Landwirtschaft und Gärtnereien erlitten haben, ist ungemein hoch.

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Eine gut besuchte **Versammlung der Stuccateure** tagte am Sonnabend, den 9. Juli, bei Großthum, Klosterstraße. Diefelbe beschloß mit einem Antrag des Kollegen Röber, nach welchem Mitgliedern, die länger als acht Wochen ihren Beitrag schulden, der Grundbesitz entzogen werden soll.

Burg. Eine Zimmererversammlung findet am Sonntag, den 17. Juli, in der Herberge statt.

Freitag, 15. Juli: Arbeiter-Turnverein Ungola. Jeden Dienstag und Freitag Turnkunde in der Kroue, Moldenstraße.

Sonnabend, 16. Juni: Verband der Hafenarbeiter. Mitgliederversammlung in Müllers Total, Tischlerstraße 22.

Ferner leben. Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metall-arbeiter. Jeden Sonnabend abends 8 1/2 Uhr Zahlabend und Auf-nahme neuer Mitglieder im Lokale der Witwe Laufsch.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Filiale Suben-burg. Jeden Sonnabend Zahlabend und Aufnahme von Mit-gliedern in Raumanns Restaurant, Michaelstraße 16.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Filiale Siedenburg. Jeden Sonn-abend abends 8 1/2 Uhr Zahlabend in der Ferkler Bierhalle. Gesangsverein „Freundesbund“, Dissenstedt. Jeden Sonnabend abend Uebung bei W. Hirschfeld. Gesangsvereine Freunde sind wil-kommen.

Marktberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 14.00—22.00. Speisebohnen (weiße) 16.00—33.00. Linen 18.00—44.00. Effertoffeln 7.50—8.50. Richtstroh 3.50—4.00. Krimmstroh 2.00—3.00. Fein-altes, 5.00—6.00, neues 4.00—5.00. Alles für 100 Kilogramm. Rind-fleisch im Großhandel 0.96—1.02, von der Keule 1.40—1.50. Rauch-fleisch 1.20—1.30. Schweinefleisch 1.20—1.40. Kalbfleisch 1.20—1.30. Hammelfleisch 1.30—1.40. Speck (geräucherter) 1.60. Eßbutter 2.00 bis 2.40. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2.80—3.60.

Eingegangen: Mitgliederversammlung der Schmiede.

Blanc

Schutz-Anzüge

in Leinen und engl. Leder, gerade und schräg geknöpft, in exprobt guten Qualitäten empfiehlt

G. Gehse, Johannsstraße 14.

Fabrik von Arbeits-Garderoben.

Ein ff. Aquarium zu verkaufen. Hoch, Waagestraße 9, vorn, 3 Treppen.

Gesucht werden:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis bei Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Stellmacher, Tischler, Drechsler, Schmiede, Drenseher, Radierer (selbständig auf Wagenbau), Schuhmacher, Klempner, Barbierer und Bäcker.

Es suchen Stellung:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis bei Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schlosser, Dreher, Formner, Sattler und Tapezierer, Zwieler, Feilenhauer, Müller, Feizer und Rastge-nissen, Bildtzer, Schleifer, Apphalarer, Steindruck, Buchbinder, Korbmacher, Cigarenmacher, Schneider, Arbeiter für jede Arbeit und Arbeiterinnen.

Brauerei von C. Arndt

Magdeburg-Herbstadt, Wolmirstedtstr.

Hiemit erlaube ich mir, das geehrte Publikum auf mein neugegründetes Geschäft aufmerksam zu machen. U. a. empfehle:

ff. Weißbier, ff. Weizen-Lagerbier, ff. Bronhan.

Außerdem gebe ich bekannt, daß meine Wagen wünschentlich zweimal nach der Altstadt und den Vorstädten fahren. Zudem ich verspreche, stets gleich-mäßig gutes Bier zu liefern, bitte ich das geehrte Publikum, mich in meinem Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.

Hochachtungsvoll

C. Arndt.

Achtung! Achtung!
 Den Mitgliedern des
Turnvereins „Vorwärts“, Sudenburg
 sowie sämtlichen Mitgliedern der Vereine des 2. Kreises (Prov. Sachsen
 und Anhalt) des Arbeiter-Turnerbundes zur Kenntnis, daß unser
2. diesjähriges Sommer-Fest
 am **17. Juli 1898**
 in **Luisenpark, Wilhelmstadt**
 stattfindet.
 Empfang der fremden Vereine **Sonnabend, den 16. Juli**, im Vereins-
 lokal, **Sudenburg, „Friedrichsplatz“**, Leipzigerstr. 52, woselbst
 abends **Sommers** stattfindet. **Das Komitee.**
 Gäste, durch Mitglieder eingeführt, haben Zutritt.

Aufruf!
 Freunde der Turnfrage, welche gewillt sind, zu dem am **16. und 17. Juli** stattfindenden **Sommerfest des Turn-Vereins „Vorwärts“ Sudenburg** Turner in Quartier zu nehmen, wollen ihre werthe Adresse in **Sudenburg, Herbitzer Bierhalle, Schönburgerstr. 28**, abgeben. **Das Komitee.**

Restaurant zur deutschen Flotte.
 Sonnabend, den 16. d. Mts.
Schlachtfest.
 Auch bringe mein **Frühstücks-Dokal**
 in freundliche Erinnerung. Jeden Morgen **Pökefleisch**, ff. **Zauserche** und **frische Wurst**, ausgezeichnete **Biere** und **Weine**, sowie **kalte Ente** auf **Eis**.
 Sonntags früh um 4 Uhr geöffnet.
Gustav Böhme, Al. Stadtmärk 8b.

Burg. Großes Burg. Gewerkschaftsfest
 Sonnabend, den 30. Juli, abends 7 1/2 Uhr
 findet im **„Hofjäger“**
 das erste große **Gewerkschaftsfest**
 verbunden mit **italienischer Nacht**
 und unter Mitwirkung des hier so beliebten **Volkshumoristen B. Strzelewicz** statt.
 Alles nähere später. **Das Gewerkschaftskartell.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Versammlungen
 finden statt:
Sonnabend, den 16. Juli, abends 8 1/2 Uhr:
Sektion der Klempner bei Herrn Friedrich Grothum Al. Klosterstraße 15/16.
Tages-Ordnung:
 1. Beitragszahlung und Aufnahme neuer Mitglieder
 2. Abrechnung vom 2. Quartal 1898.
 3. Die Verschmelzung der Magdeburger Filialen und Sektionen des D. M. V.
 4. Die Wünsche in den Klempner-Verhalten und Verschiedenes.
 Wir erwarten, daß die Mitglieder obiger Filialen in den Versammlungen vollständig erscheinen.
Sektion der Installateure in der „Burghalle“ Tischlerkrugstraße 28.
Tages-Ordnung:
 1. Die Verschmelzung der Magdeburger Filialen und Sektionen des D. M. V.
 2. Sommerfest.
 3. Abrechnung vom 2. Quartal 1898.
 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Die Verwaltungen.

Achtung! Achtung!
Zimmerer Magdeburgs und Umgegend!
Große öffentliche Zimmererversammlung
 Freitag, den 15. Juli, abends 7 Uhr
 im **„Drei Kaiser-Bund“, Gr. Storchstr. 7.**
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.
 Pünktliches und zahlreiches Erscheinen eines jeden Kameraden ist unbedingt.
Die Lohnkommission.

Mitglieder-Versammlung
 des **Verbandes der Hafenarbeiter Deutschl.**
 Mitgliedschaft **Magdeburg**
 am **Sonnabend, den 16. Juli 1898, abends 8 Uhr**
 bei **Müller, Tischlerkrugstraße 22.**
 Tages-Ordnung:
 1. Diskussion über die von den übrigen Mitgliedschaften zur diesjährigen Generalversammlung gestellten Anträge. 2. Verbandsangelegenheiten.
 Zahlreiches Erscheinen erwartet. **Der Vorstand.**

Maschinen- und Heizer-Verein.
Versammlung
 am **Sonntag, den 17. Juli 1898, nachmittags 3 1/2 Uhr**, im
 „Bürgerhaus“, **Stephansbrücke Nr. 38.**
Vortrag des Stadtverordneten Hugo Gärtner über: „Die Hilfsmittel der Organisation.“
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

General-Versammlung
 des **Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Vereins der Schmiede und verw. Gewerbe Deutschlands**
 Sonntag, den 17. Juli 1898, vormittags 10 1/2 Uhr
 bei **Thiering** in der **„Burghalle“, Tischlerkrugstraße 28.**
Der Vorstand.

Hermann Liebau
 Breite Weg 127
 liefert an jedermann
Waren u. Möbel
 auf **Abzahlung** und leichtesten Zahlungsbedingungen.
 Größtes Unternehmen dieser Art.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.
 Dem geehrten Publikum und meinen werthen Parteigenossen zur Nachricht, daß ich das **Barbier- und Friseurgeschäft des Hrn. Fr. Lüders, Neue Neustadt, Ritterstraße 1b** übernommen habe und bitte um gütigen Zuspruch.
F. Oehrtmann, Barbier und Friseur.

Pneumatik-Reifen
 Continental, Gyslor usw., neu, Mantel 6.50 Mark, Schlauch 3 Mark, nur Größe 30x1 1/2 u. 1 3/8, so lange der Vorrat reicht.
Willich, Budau, Coquifstr. 18.
 * Harmonikas v. d. H. B. z. d. größten. Rep. g. u. bill. G. Metzger, Fischerstr. 3 III

Rechts-Bureau
Lebegott, Referendar a. D.
 Prälatenstr. 1. Mündl. Bespr. einer Sache 1—1.50 Mk. bei Obj. bis 1000 Mk.

15 Kinderwagen
 werden einzeln mit einer Anzahlung von **Mk. 5.00** und wöchentlicher **Abzahlung von 1.00** Mark an abgegeben.
S. Osswald
 Ulrichstraße 14
 I. Etage gegenüber der Ulrichskirche.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.
Steinsetzer
 gesucht zur Neubaufstraße Wendisch-Warnow in der Prignitz, 60 000 qm Pflasterung, Stundenlohn 50 Pf. ev. Accord. Reise frei.
Läuter, Steinsehmeister
 z. B. Wendisch-Warnow. 449
 * Barbiergehilfe gesucht. Mag Gutzeit, Moldenstr. 22.
 * Einen Barbierlehrling sucht A. Neuhofen, Große Mühlenstraße 9.
 Ein Schuhmachergehilfe gesucht Sudenburg, Mottersdorferstraße 8.3. E. Heinicke.

Gelegenheitskauf!
Segeltuch-Schuhe
 in Kindergrößen Paar 1.50 Mk., in Mittelgrößen Paar 1.75 Mk., Damenschuhe mit Absatz 2.50 Mk., Herrenschuhe mit Absatz 3 Mk., empfiehlt als äußerst preiswert.
Adolf Diesing
 Alte Markt 3 u. 4
 Ecke der Schuhbrücke.

Bei Einkäufen bitten wir unsere Leser, sich auf die Volksstimme beziehen zu wollen.
Steinsetzer
 gesucht zur Neubaufstraße Wendisch-Warnow in der Prignitz, 60 000 qm Pflasterung, Stundenlohn 50 Pf. ev. Accord. Reise frei.
Läuter, Steinsehmeister
 z. B. Wendisch-Warnow. 449
 * Barbiergehilfe gesucht. Mag Gutzeit, Moldenstr. 22.
 * Einen Barbierlehrling sucht A. Neuhofen, Große Mühlenstraße 9.
 Ein Schuhmachergehilfe gesucht Sudenburg, Mottersdorferstraße 8.3. E. Heinicke.

Waren und Möbel ohne Geld
 sich anzuschaffen, ist jedem reell Denkenden auf bequeme Weise ermöglicht, die Firma **A. Friedländer** liefert einzelne Möbel, sowie ganze Ausstattungen auch auf **Teilzahlung** zu leichtesten Zahlungsbedingungen, die Preise sämtlicher Möbel, Spiegel und Porzellanwaren sind die denkbar billigsten, die Bedienung streng reell und jeder Einkauf bleibt Geschäftsgeheimnis und werden die Zahlungen ganz nach Wunsch des Käufers eingerichtet.
A. Friedländer
 Inh. **Otto Fietze**
 Magdeburg, Brelteweg 118.
 Feinde und ausgeglichene Kunden ohne Anzahlung.
 Filialen in **Brandenburg a/H. Chemnitz i/S.**

Aufständiges Logis für 1 Herrn zu vermieten **Prälatenstr. 18, v., 4 Tr.**
Freundliches Logis für 2 junge Leute. 1712 **Neuhaldenslebenstr. 2, 1 Tr.**
Inst. Logis f. 1 u. 2 P. **Jacobstr. 16 III.**

Cirkus.
(Sommer-Variete.)
 Täglich:
Familien-Spezialitäten-Vorstellung.
 Dauerarten sind gültig.

Viktoria-Theater.
 Freitag, den 15. Juli 1898:
 1. Benefiz für Herrn Robert Matthias. Novität! **Novität!**
Hofgast.
 Lustspiel in 4 Akten von Thilo v. Trotha. Sensationeller Erfolg!
 Sonnabend, den 16. Juli 1898:
 2. Gastspiel des Herrn Carl William Müller. **Der Herr Senator.**
 Lustspiel in 3 Akten von Schönthan und Kadelburg.
 Senator Andersen — Herr E. W. Müller.

Walhalla-Theater.
 780 Täglich Künstler-Spezialitäten-Vorstellungen.
 Die Verteidigung gegen den Schuhmachermeister Behrens nehme ich zurück.
 450 **Wusthau, Diebstorf.**

Ferien-Sonderzüge nach Hamburg
 am **16. Juli** und **13. August.**
 Zu denselben werden auf den größeren Stationen der Strecke **Leipzig—Halle—Magdeburg—Stendal—Salzwedel** und den anschließenden Strecken **30 tägige** Rückfahrkarten nach **Hamburg, Altona, Kiel, Glücksburg, Ropenhagen, Cuxhaven, Helgoland, Norderney** (über Helgoland), **Boikum** (über Helgoland), **Wyl a. Föhr** oder **Wittdün-Aurum** und **Westerland** a. S. H. ausgegeben. Die Fahrzeiten, Fahrpreise und sonstigen Beförderungsbedingungen ergeben sich aus den **„Zugüberichten“**, welche von den betr. Fahrkarten-Ausgaben ungetrennt abgegeben werden oder auch gegen Einsendung des Portos durch die Post bezogen werden können.
Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Der gesundheitliche Maximal-Arbeitstag.

Vor einigen Tagen fühlten sich gewisse industrielle Kreise lebhaft beunruhigt durch die Nachricht, daß von der Regierung die Einführung eines Maximal-Arbeitstages geplant und von Seiten der preussischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten im Jahresberichte für 1897 sehr weitgehende Vorschläge — sogar von einem sechsständigen Maximal-Arbeitstage war die Rede! — gemacht worden seien. Sehr bald brachten die Berliner Politischen Nachrichten eine offiziöse Beschwichtigung, welche zeigte, daß ein Mißfall in die „Sentimentalitäten von 1890“ nicht zu fürchten sei; es handle sich nicht, hieß es da, um einen Wunsch der gesamten Fabrikaufsicht Preußens, sondern lediglich um die Wiedergabe eines Vorschlages, den ein einzelner Beamter und zwar der für Potsdam gemacht habe.

Diese offiziöse Beschwichtigung ist allerdings nur zum Teil wahr; wohl bringt der Potsdamer Bericht die weitgehendsten und ausführlichsten Vorschläge, wie dessen Verfasser auch der einzige zu sein scheint, der die in Betracht kommende Literatur und die ausländische Gesetzgebung kennt. Immerhin aber von der überwiegenden Mehrzahl der Beamten Vorschläge für diese und jene Erwerbsgruppe gemacht worden, je nachdem sie Gelegenheit und Lust hatten, Einblick in die Betriebsverhältnisse zu gewinnen. Ihre Vorschläge für Einführung eines sanitären Maximalarbeitsstages umfassen nur ein zu kleines Gebiet und sind meistens nicht weitgehend genug; das konnte aber nach der ganzen Art des Erhebungsverfahrens garnicht anders sein — und sollte es wohl auch nicht.

Veranlaßt sind diese Erhebungen über die etwaige Notwendigkeit eines gesundheitlichen Maximal-Arbeitstages, den der Bundesrat nach § 120e, Absatz 3, der Gewerbeordnung einführen, durch den Verlegenheitsantrag, den im Februar 1897 das Centrum stellte, als von uns die Einführung des Achtstundentages beantragt war. Als offenkundiger Vertreter der Unternehmerinteressen stellte Professor Freiherr v. Hertling diesen Antrag, um unseren und den seines Fraktionsgenossen Professor Hise zu Falle zu bringen, der wenigstens für Fabrikarbeiter über 16 Jahre eine wöchentliche Arbeitszeit von 63 Stunden vorgeschlagen hatte.

Die Ergebnisse dieser dem Hertlingschen Antrage gemäß vom Reichskanzler angeordneten Erhebungen mußten schon deshalb ungenügend werden, weil die Gewerbe-Aufsichtsbeamten mit ihren laufenden Berufsgeschäften viel zu viel überlastet sind. Wollte man ernstlich die gestellte Aufgabe lösen, dann mußte die Kommission für Arbeiterstatistik damit beauftragt werden, die sich natürlich auch an die Gewerbe-Aufsichtsbeamten um Auskunft hätte wenden müssen, aber auch selbständige Nachforschungen im großen Stile vornehmen konnte. Zu letzteren fehlte es den allermeisten Gewerbe-Aufsichtsbeamten an Zeit, einem Teil auch an genügenden Vorkenntnissen. Der Hertlingsche Antrag verlangt, daß außer den Gewerbe-Aufsichtsbeamten auch die Krankenkassen-Vorstände und Ärzte befragt und die Statistik der Krankenkassen und Invaliditäts-Anstalten verglichen werden solle. Dies hätte der preussische Minister für Handel und Gewerbe auch noch den Gewerbe-Aufsichtsbeamten aufgehaßt. Da die ganze Anordnung erst Ende Mai 1897 den Aufsichtsbeamten bekannt gegeben wurde, so ist es kein Wunder, daß sehr viele Berichte recht dürftig ausgefallen sind. Immerhin aber zeigen einzelne derselben ein grauenvolles Bild der brutalsten, rücksichtslosesten Auspressung und Vernichtung, der die Arbeiter in manchen Berufen ausgesetzt sind. Wir werden auf dasselbe noch eingehend zurückkommen.

Daß einige Gewerbe-Aufsichtsbeamte in anerkenntniswerter Weise schlimmste Schattenseiten des heutigen Ausbeutungssystems enthüllten, ist nur ihnen zu danken, nicht den Krankenkassen-Vorständen und am allerwenigsten den Ärzten. Es ist ein sehr wichtiges Nebenergebnis dieser Erhebungen, daß sie die ganze Zämmlichkeit der Organisation des Krankenkassenwesens und die geradezu skandalöse Stellung, welche die Ärzte dabei einnehmen, enthüllten. Einige Ärzte führen zu ihrer Entschuldigung an, daß sie durch den Konkurrenzkampf zu dem unwürdigen Verhalten getrieben würden, das sie laut Zeugnis tgl. preussischer Gewerbe-Aufsichtsbeamten einnahmen.

So heißt es in dem Berichte aus Oppeln: Die Gewerbe-Aufsichtsbeamten sind im wesentlichen auf die eigene Wahrnehmung angewiesen. Die meisten Krankenkassen-Vorstände und fast alle Kassenzärzte gaben auf die an sie gerichtete Anfrage überhaupt keine Antwort. Die Ärzte sind oft aus Rücksicht auf ihre Existenz, wie einige auch unumwunden zugeben, wenig geneigt, Missethäter und Schäden aufzudecken, auch pflegen sie eine geregelte Statistik gar nicht zu führen.

Im Bericht aus den Bezirken Hildesheim und Lüneburg wird erklärt:

Die Höhe der in der Statistik der einzelnen Klassen enthaltenen Zahlen hängt auch noch von manchen anderen Umständen ab, welche sich der Beurteilung entziehen. Ein Arzt ist leichter geneigt, einen Krankenschein auszustellen, als der andere. Auch die Vorstände der Krankenkassen üben in dieser Beziehung einen großen Einfluß aus, welchem sich die Ärzte nicht ganz entziehen können, zumal die Stellen der Kassenzärzte, namentlich der jüngeren Ärzte, gesucht sind. Ebenso können die Inhaber von Betriebsleiter der Fabrikten auf eine mildere oder schärfere Untersuchung der sich krank meldenden Kassensmitglieder hinwirken.

Der Gewerbe-Inspektor zu M.-Glabach schreibt über seine Bemühungen, die „längst bekannten bedenklichen Zustände in verschiedenen Neusser Dörmühlen klarzustellen“, folgendes: Bei den Orts-Krankenkassen fand ich wenig, bei den Kassenzärzten gar kein Entgegenkommen. Die Ärzte beantworteten meine schriftlichen Anfragen nicht.

Diese traurige Rolle, welche die Ärzte spielen, ist freilich längst bekannt, die Berichte melden damit nichts neues; aber daß gerade sie es endlich zu melden gezwungen werden, ist sehr wertvoll, denn so oft es von unserer Seite hier und im Reichstage zur Sprache gebracht wurde, besonders bei Beratung der Krankenkassen-Novelle, beliebte man von gegnerischer Seite dies als sozialdemokratische Verdächtigung zu bezeichnen. Diese Abhängigkeit der Ärzte von den Unternehmern und Kassenvorständen kann nur durch obligatorische freie Arztwahl gemildert werden; im großen Ganzen aber ist sie eine mit der kapitalistischen Organisation der Ausbeutung so unzertrennlich verknüpfte Erscheinung wie die Abhängigkeit jedes anderen Arbeiters.

Die Art, wie die Erhebungen vorgenommen werden sollten, war also eine ungenügende; den Aufsichtsbeamten fehlte es an Zeit und vielfach an Vorkenntnissen, die Krankenkassen und ihre Ärzte erwiesen sich als unbrauchbar und die Ergebnisse der Invaliditäts- und Altersversicherung als unzuverlässig, weil der letzte Beruf eines invaliden oder siebzigjährigen Arbeiters keineswegs sein ständiger gewesen zu sein braucht und in den meisten Fällen auch nicht gewesen ist; naturgemäß geht der Arbeiter zu immer leichteren Berufsarten über, je schwächer und älter er wird.

Dazu kommt aber noch, daß der gesundheitliche Maximal-Arbeitstag überhaupt nur einen ganz ungenügenden Arbeiterschutz gewährleistet, weil ja die Erhaltung einzig und allein der Gesundheit dem Arbeiter noch keineswegs eine menschenwürdige Existenz sichert. Sehr richtig sagt der Berliner Bericht:

8 Stunden Schlaf sind mindestens zur Erholung notwendig. Bei 12 Stunden Arbeit durch Pausen von etwa zwei Stunden unterbrochen, also 14 stündiger Arbeitsschicht, würden dann die Arbeiter für Hin- und Rückweg zu und von der Arbeitstätte und für andere Vorkommnisse nur zwei Stunden täglich bleiben. — Das Arbeiter, welche eine tägliche Arbeitszeit von vierzehn Stunden haben, ihren Pflichten gegen Familie, Gemeinde, Staat und Kirche nicht in erwünschter Weise nachkommen können, und ohne jede geistige Erholung auch geistig verflümmern müssen, bedarf der Erörterung nicht. Aber „sanitär“, gesundheitlich, ist nach der Meinung der Berliner Gewerbe-Aufsichtsbeamten der zwölfständige Maximal-Arbeitstag vollkommen; er „führt keine die Gesundheit gefährdende Ueberanstrengung herbei“, und der Beamte beruft sich darauf, daß ja das Gesetz dem jugendlichen Arbeiter zehn Stunden und der erwachsenen Arbeiterin elf Stunden Arbeitszeit auferlegt!

Der Potsdamer Beamte betont, daß er bei den Erhebungen nicht grundsätzlich jede zehn Stunden übersteigende Arbeit als zu lang und auf die Dauer gesundheitsschädlich angesehen hat, sondern auf die Art des Betriebes wie die Intensität der Arbeit Rücksicht nahm. Im allgemeinen hat er aber doch schon zehn Stunden für ein genügendes Maß gehalten. Andere Beamte gingen in ihrer Rücksicht auf „die Schädigungen, welche die Industrie erleiden kann“, soweit daß sie, wie der Beamte für Posen, sich zu der außerordentlichen Leistung aufschwingen, zu „empfehlen, längere Arbeitsschichten als 18 (achtzehn) Stunden, von welcher Art sie auch sein möchten, gänzlich zu verbieten“.

Man sieht, der subjektiven Schätzung ist Thür und Thor geöffnet, zumal sich ja nur bei gerabezu vergiftenden Arbeiten direkt nachweisen lassen wird, daß, je kürzer die Arbeitszeit, um so weniger intensiv gesundheitszerstörend die Vergiftung wirkt. Im allgemeinen wird, und das haben auch die verständigsten Berichte wie die von Potsdam und Arnberg hervor, die Art der Arbeit, der Zustand der Arbeitsräume, vor allem aber der Lohn und die diesem entsprechende Ernährung ebenso wie das Alter der Arbeiter verschieden maßgebend auf die Gesundheitsschädigung bei gleicher Arbeitszeit für verschiedene Industrien und Individuen sein.

Und wie soll die Gesundheitsschädigung festgestellt werden? Durch das Aussehen? Was beim reichen Mann für krankhaft gilt, ist beim Arbeiter normal. Durch die Krankenkassen? Ganz abgesehen von der ungenügenden Statistik und der Unzuverlässigkeit unter den Kassenzärzten bieten sie schon deshalb kein richtiges Bild, weil die Arbeiter sich meistens erst dann krank melden, wenn sie vollkommen arbeitsunfähig sind, weil besonders für die Verheirateten die Kassengelder nicht zur Erhaltung der Familie ausreichen. Würde aber die Gesundheitsschädigung durch die Arbeit so stark, daß der Arbeiter schwer erkrankt ist, dann geht er entweder freiwillig zu einem anderen Berufe über, oder er wird vom Unternehmer an die Luft gesetzt. Dieses letztere „einfache“ Verfahren meldet der Potsdamer Bericht aus den Bleinitz- und Mennigefabriken, wo „die gesamte Arbeiterschaft alle zwei Monate entlassen und durch neue Kräfte ersetzt wird“. Trotzdem kommen 211 Erkrankungen aufs Hundert der Krankenkassenmitglieder vor! Man kann sich darnach vorstellen, was für Mordtuben diese Fabriken sein müssen!

Eben solches Verfahren herrscht in den Cementfabriken des Potsdamer Bezirks. Dort ist eine Kontrolle über die gesundheitsschädliche Einwirkung des Staubes auf die Arbeiter ausgeschlossen, „weil junge Arbeiter aus Rücksicht-Polen und Galizien massenhaft zur Arbeit herbeiströmen, mit Beginn des Winters aber wieder über die Grenze befördert werden“.

Ueberhaupt werden die jüngeren Altersklassen von 20 bis 35 Jahren von der Industrie angezogen, die älteren abgehoßen; neuere Betriebe stellen in der Regel keine über 40 Jahre alten Leute ein.

Dieses „Anziehen und Abstoßen“ der Arbeiter trägt auch dazu bei, daß die Gesundheitsschädlichkeit eines Betriebes nicht festgestellt werden kann, wenn man nur die Zahl ihrer noch zum Berufe gehörigen Opfer, der Kranken und Toten, in Betracht zieht; auch das durchschnittliche und höchste Lebensalter der in ihr Beschäftigten giebt keine zuverlässige Auskunft, weil die Ruinierten entlassen und zu einem anderen Berufe übergegangen sind.

Demnach läßt sich die Gesundheitsschädlichkeit eines Betriebes nur feststellen auf Grund wissenschaftlicher Gutachten seitens unabhängiger Ärzte, objektiver Beobachtungen von technischen Sachverständigen, wozu die Gewerbe-Aufsichtsbeamten, soweit sie es noch nicht sind, sich auszubilden haben, und vor allen Dingen durch Vernehmung der in den Berufen beschäftigten Arbeiter. Wenn aber der Aufsichtsbeamte für Potsdam am Schluß seiner so anerkenntniswerten Darlegungen vorschlägt, daß Gewerbetreibende und Arbeiter durch die Polizeibehörden zu vernehmen seien, so begeht er damit einen argen Mißgriff. Die Arbeiter sind nicht gewöhnt, in den Polizeibeamten die ihnen wohlwollenden Vertrauenspersonen zu erblicken, denen sie sich rückhaltlos offenbaren.

Eine brauchbare Untersuchung könnte weit eher von der Kommission für Arbeiterstatistik aufgestellt werden, besonders wenn dieselbe solche Vernehmungen der Arbeiter an Ort und Stelle, natürlich ohne gefährlicher Zeugen Gegenwart, vornehmen und mit persönlichen Besichtigungen der Betriebe verbinden würde.

Zeit, daß etwas geschähe, ist es wahrhaftig; während im Deutschen Reiche erst für 17 Betriebsarten ein sanitärer Maximal-Arbeitstag festgesetzt ist, nimmt die französische Gesetzgebung 127, die belgische 122 gesundheitsschädliche Betriebe an. Wie grauenvoll die Verdüstungen sind, welche Großindustrie wie Handwerk unter den Arbeitern anrichten, werden wir auf Grund der amtlichen Mitteilungen in einem früheren Artikel eingehend darlegen! Material zum sofortigen Einschreiten bieten sie für die Gesetzgebung genug. —

Soziale Bewegung.

Die preussischen Gewerbe-Inspektoren und der Maximal-Arbeitstag.

Von nicht geringer Wichtigkeit sind die diesjährigen soeben erschienenen Berichte der preussischen Gewerbe-Inspektoren für das Jahr 1897. (Siehe auch Leitartikel in heutiger Beilage.) Die Berichte bringen ausführliche Antworten auf drei Fragen des Reichskanzlers, die sich auf die Festsetzung eines hygienischen Maximalarbeitsstages beziehen. Das Ergebnis ist, daß für folgende 50 Betriebsarten ein Maximalarbeitsstag in Anregung gebracht wird:

Accumulatorenfabriken, Anilinfabriken, Bleinitzfabriken, Bleihütten- und Bleiweiß- und Bleizuckerfabriken, Brenner in Ziegelfabriken, Cementfabriken, Chemische Fabriken, Chlorgasfabriken, Eigorenfabriken, Defatur- und Appreturanstalten, Farbenfabriken, Fellenfabriken, Flachsbünnerei, Gasanstalten, Glasbläser, Gummi- und Gummifabriken, Hakenhaarschneidereien, Heizer und Maschinenisten, Holzschraubenfabriken, Jute- und Baumwollspinnereien, Korkmüllerei, Lackierereien, Lumpenfortieranstalten, Maschinenfabriken, Mennigefabriken, Metallschleiferei, Methylenfabriken, Nitratreflektorenfabriken, Mühlen, Naphtholfabriken, Oefenfabriken, Oelmühlen, Phosphorsäurefabriken, Salpetersäurefabriken, Schleifereien, Schneidereien, Shoddyfabriken, Schuhmachergewerbe, Schwefelsäurefabriken, Sulfidfabriken, Tabakfabriken, Textilindustrie, Thomasmühlmühlen, Verzinnungs-, Verzinkungs-, Verzinngsanstalten, Ziegelfabriken, Zink- und Gelbgießereien und Zündholzfabriken.

Die direkte Einführung einer täglichen 8 stündigen Arbeitszeit wird beantragt für folgende 21 Betriebsarten: Bleihütten, Bleiweißfabriken, Chemische Fabriken, gesundheitsschädliche Betriebe, Explosivstofffabriken, Fellenfabriken, Gasanstalten, Getriebehallen, Glasbläser, Kachelbrenner, Malzbrennen, Metall- und Eisenbearbeitungsanstalten, Metallschleifereien, Nitratarbeit, Porzellanbrenner, Retortenarbeiter, Rohwollfabriken, Säurefabriken, nasse Thonindustrie, Verzinnungs-, Verzinkungs-, Verzinngsanstalten, Ziegelfabrik, Zuckerraffinerien.

Ein 6 stündiger Maximalarbeitsstag wird vorgeschlagen für:

Accumulatorenfabriken, Aescherarbeit, Bleifarben- und Bleizuckerfabriken, Bleinitzfabriken, Mennigefabriken, Nitrobenzolfabrikation, Oefenfabriken, Phosphorsäurefabriken.

Eine 5 stündige Arbeitszeit schließlich wird beantragt für Gummi- und Gummifabriken; eine zwei- bzw. 1 1/2 stündige Arbeitszeit für Gummi- und Gummifabriken, die mit Schwefelkohlenstoff arbeiten.

Der Arbeiterfreundlichkeit des Freisinn ist dieses Resultat offenbar überaus unbecom. Statt aus dem Resultat das zu entnehmen, was für den sozialpolitischen Fortschritt Wertvolles darin steckt, betont die Freisinnige Zeitung mit ängstlichem Eifer, es sei irrig, die Sache so aufzufassen, als ob etwa die Aufsichtsbeamten in dem Vorschlag eines Maximalarbeitsstages für die dort erwähnten 50 Betriebsarten übereinstimmten. Das sei durchaus nicht der Fall. Die meisten dieser Vorschläge stammten von dem Aufsichtsbeamten des Potsdamer Bezirks, einige andere von dem Aufsichtsbeamten des Berliner Bezirks. Es seien in den 50 Betriebsarten alle Vorschläge eines gesundheitlichen Maximalarbeitsstages zusammengestellt, welche die einzelnen Aufsichtsbeamten in ganz verschiedener Richtung gemacht haben. Was aber verschlägt das? Das besagt doch nichts anderes, als daß die Gründe für einen Maximalarbeitsstag sehr zahlreich und verschieden sind. Die Feindschaft des Freisinn von St. Manchesters Gnaden gegen das Eingreifen der Gesetzgebung zu gunsten der Arbeiterklasse hat sich seiner Zeit anlässlich der Debatte über die Bäckereiverordnung, drahtig offenbart und sie offenbart sich hier abermals für jeden, der freisinnige Präjudierungen über Dinge des Arbeiterchuzes richtig zu verstehen vermag.

Rationale „Arbeit“ und nationale Arbeiter.

Die bayerische Staatsbahn-Verwaltung ist fortgesetzt Gegenstand heftiger Angriffe in den Schugblätter. Sie hat nämlich ihren außerordentlichen Bedarf an rollendem Material nicht in Deutschland, sondern in Belgien vergeben. Unter allerlei hässlichen Bemerkungen wird behauptet, bisher habe gerade Bayern das Sprichlein von Schutze der nationalen Arbeit in engberährter Weise ausgelegt, denn es habe regelmäßig nur bayerische Fabriken mit Bestellungen betraut und selbst die norddeutsche Industrie vom Wettbewerb ausgeschlossen; jetzt mit einem Male, wo die Leistungsfähigkeit Bayerns für die ausnahmsweise stark gesteigerten Anschaffungen nicht ausreiche, stände der paritätischsten Verwaltung Belgien näher wie das „Ausland“ Preußen oder Sachsen. Uns interessiert an dem ganzen Streite nur das Lob, das von der bezeichneten Presse der nationalen Gesinnung des Herrn Thielen in Preußen gesendet wird. Da liest man:

In Preußen ist man planmäßig darauf bedacht, der deutschen Industrie die gesamten Lieferungen für Staatsbahnzwecke zuzuwenden, soweit dies nur irgend möglich ist, und zwar wird dabei kein Unterschied zwischen der preussischen und der nichtpreussischen Industrie gemacht, vielmehr darauf Bedacht genommen, daß auch der nichtpreussischen Waggon- und Lokomotiv-Fabriken ihr Anteil an den Lieferungen zufließt. Durch dieses planmäßige Verfahren ist es erreicht worden, daß mit alleiniger Ausnahme der Holzschwellen - von denen trotz eifrigsten Bemühens, den Bedarf im eigenen Lande zu decken, immer ein erheblicher Teil aus dem Auslande bezogen werden muß - das gesamte Material der preussischen Bahnen inländisch ist.

Die Streikbewegung in Deutschland während des ersten Semesters 1898.

Eine Zusammenstellung über die monatlich in der Berliner Zeitschrift Der Arbeitsmarkt veröffentlichten Ausstände ergibt, daß im ersten Halbjahre 1898 314 Streiks ausgebrochen sind. Diese verteilen sich auf die einzelnen Monate und die einzelnen Industriezweige wie folgt:

Industriezweig	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	I. Sem.
Bergbau, Hütten- und Salinenwesen	1	2	2	1	6	2	14
Industrie der Steine und Erden	5	1	3	7	7	6	29
Metallverarbeitung, Industrie der Maschinen, Werkzeuge und Instrumente	8	12	5	8	4	3	40
Textilindustrie	1	3	4	3	4	2	17
Industrie der Holz- und Schnitzstoffe	10	9	10	9	8	4	50
Industrie der Nahrungs- und Genussmittel	4	2	—	3	1	2	12
Industrie der Bekleidung	6	2	9	6	2	2	27
Baugewerbe	4	5	14	35	28	12	98
Uebrige Industriezweige	6	6	11	2	2	2	29
Insgesamt	45	42	58	74	60	35	314

Am stärksten beteiligt, der Zahl der Streiks nach, war im ersten Semester das Baugewerbe. Diesem folgen der Reihe nach die Industrie der Holz- und Schnitzstoffe, die Metall- und Maschinenindustrie, die Industrie der Steine und Erden, die Industrie der Bekleidung, die Textilindustrie, der Bergbau, endlich das Nahrungsmittelgewerbe.

Aus der Parteibewegung.

Abrechnung des Unterstützungskomitees für die Familien der im Essener Meinelbrosprozess verurteilten Genossen vom 1. Januar bis 31. Juli 1898.

Einnahme.		Ausgabe.	
Bestand 1. Jan. 1898	42 732,98	Januar, Unterstützungen	343,80
Dor. Fr. d.	72,—	Februar, Unterstützungen	320,—
		März, Unterstützungen . . .	320,—
		April, Unterstützungen und Kosten zum Besuche des Wiederaufnahmeverfahrens	561,—
		Mai, Unterstützungen	638,95
		Juni, Unterstützungen	545,—
Summa	42 804,98	Summa	2728,75
Einnahme	42 804,98		
Ausgabe	2 728,75		
Summa	40 076,23		

Wochm., 5. Juli 1898. Johannisstraße 10. W. Eisinger Wunderlich, Die Mithigkeit vorstehender *u. s. w.* und deren Uebereinstimmung mit sämtlichen Belegen bestätigt die Revisoren: Heinr. Meiermann - Dortmund, Duppelstraße 4. Herm. Fankl - Essen, Herrmannsplatz 2, II. Ludw. Schröder - Dortmund, Blücherstraße.

Was Eleanor Marx in den Tod trieb.

Unter dieser Aufschrift veröffentlicht Eduard Bernstein in der Neuen Zeit eine Anzahl Briefe von Eleanor Marx, die ein scharfes Licht werfen auf das seelische Drama, welches ihren Tod zur Folge hatte. Aus den Briefen, wie den anderen von Ed. Bernstein zusammengestellten Thatsachen ergibt sich folgender Sachverhalt: Herr Ed. Aveling führte ein ausschweifendes und verschwenderisches Leben. Jahrelang blieb das Eleanor Marx verborgen. Eine ungemein edel veranlagte Natur, blieb ihr jeder stülpische Schmutz unsahbar und sie setzte sich über die Gerüchte, die auch an ihr Ohr drangen, als verleumderischen Klatsch hinweg. Der Zusammenbruch kam, als die Vermögenslage von Marx-Aveling infolge der englischen Testamenten und anderer Umstände sich verbesserte. Nicht nur, daß es Herrn Ed. Aveling die Möglichkeit gab, seinen lasterhaften Neigungen in noch

größerem Maße zu fröhnen, — es brachte auch auf einmal all seine schmuggigen Verbindungen der früheren Jahre zum Vorschein. Denn da man ihn im Besitz von Geld sah, drängte sich alles an ihn heran, was das Anrecht oder auch nur die Macht hatte, von ihm Geld zu erlangen. So sah sich auch Eleanor Marx auf einmal vor einer Flut von Schmutz, die sich gegen sie heranwälzte. Nicht nur der materielle Dinn war offenbar, sondern ein moralischer Abgrund eröffnete sich vor ihr, und eine Welt von Einzelheiten offenbarte sich ihr, eine widerlicher und empörender als die andere. Das mußte sie um so mehr angreifen, je höher sie moralisch stand, je größer ihre eigene stülpische Reinheit war. Indessen war es ja schon 14 Jahre, daß sie mit diesem Manne zusammenlebte. Und in dem Kampf zwischen dem neu aufsteigenden Gefühl des Abscheues und dem allgewohnten Gefühl des Mitleides, flegte bei der hochherzigen Frau nur zu oft das Letztere. Da Herr Ed. Aveling es merkte, so wurde er um so arroganter. Vollends war die Situation für ihn geklärt, als Eleanor Marx ihn, nachdem er zum Schein mit ihr gebrochen hat, wieder zurückrief. Jetzt trat er als vollendeter Schuft auf, dem es nur darauf ankam, von seiner Frau das Geld, über das sie das Verfügungsgerecht hatte, zu erpressen.

Daß diese ganze Entwicklung der edlen Frau den Gedanken des Selbstmordes sehr nahelegen mußte, ist klar. Aus den veröffentlichten Briefen sieht man denn auch, wie dieser Entschluß allmählig heraufsteigt. Es liegen aber gewichtige Thatsachen vor, welche darauf hinweisen, daß der Lump Aveling nicht nur indirekt an dem Selbstmord von Eleanor Marx schuld ist, sondern sie direkt in den Tod gestossen hat.

Einnmal ist bekannt, daß am 31. März bei Aveling Marx ein Brief eintraf, der einen sehr großen Eindruck machte. Herr Ed. Aveling beeilte sich, den Brief sofort zu vernichten.

Sodann ist festgestellt, daß Herr Ed. Aveling den Brief, den Eleanor Aveling für ihren Sachwalter hinterlassen hatte, vernichtet hat.

Das übrige stellt Ed. Bernstein so zusammen:

Es ist wahrscheinlich, ja, ist es auch nur im geringsten glaubhaft, daß Eleanor Marx diesen Schritt (den Selbstmord) ganz ohne Wissen, sozujagen hinter dem Rücken Avelings that? Alle Anzeichen deuten auf das Gegenteil hin. Voraus Avelings eigene Aussage vor dem Leichenbeschauer, daß die Verstorbene in bedrängten Lagen ihn wiederholt aufgefordert habe: „Machen wir diesen Klummeraffen gemeinsam ein Ende“, wonach ja auch die Bemerkung in Eleanor's Brief vom 1. März aus Margate übereinstimmt: „Warum wir so fort machen, ist mir unverständlich; ich bin bereit, zu gehen.“ Weiter die Thatsache, daß sie das Gift holen ließ, während Aveling noch im Hause war und obendrein auf seinen Namen, sowie daß sie in seiner Gegenwart ihren Namen in das ihm ungewöhnlich bekannte Giftbuch des Apothekers einzeichnete. Dann seine Fahrt nach London, sein langes Verweilen in London und anderes mehr. Man erinnere sich, daß noch am Tage zuvor sichtbar Aveling so schwach war, daß die Anschaffung eines Fahrschlusses absolut nötig schien, sollte er im Stande sein, das Haus auf einige Stunden zu verlassen. Jetzt plötzlich fand er die Kraft, allein nach London zu fahren und sich sechs Stunden lang dort herumzutreiben. Wozu überhaupt diese Fahrt? Es lag nichts vor, was seine Anwesenheit in London gebot. Wenn aber Eleanor ihm gesagt hätte: „Diesmal mache ich ernst, hier ist das Gift, komm, laß uns den Klummeraffen gemeinsam ein Ende machen“, und er zwar den Wunsch hatte, daß sie ernst mache, aber keine Lust, selbst auf das Leben zu verzichten, so lange es ihm noch Aussicht auf physische Genüsse bot — dann ist die Fahrt und vieles andere, was jetzt für weite Kreise noch unerklärt ist, zur Genüge erklärt. Stimmt es aber, dann wäre Dr. Edward Aveling schuldig, die Ausführung eines Selbstmordes zugelassen zu haben, den zu verhindern möglich und darum seine Pflicht war.

Es erhebt sich darnach die Frage, bemerkt die Sächsischen Arbeiterzeitung hierzu, ob Dr. Aveling gewinnlich haben kann oder irgend ein Interesse haben konnte, daß Eleanor Marx sich das Leben nahm. Daß ihn der Tod ungemein gleichmütig gelassen hat, untersteht keinem Zweifel.

Dr. Aveling wußte, daß Eleanor Marx ihn testamentarisch zu ihrem Universalerben und Testamentsvollstrecker eingesetzt hatte. Er kannte ihre Hilflosigkeit in juristischen und Finanzsachen, und er wußte besser als sie, welchen Wert die für sie deponierten Papiere hatten. Er wußte auch, daß bei aller sonstigen Nachgiebigkeit in Geldsachen sie stets nur im äußersten Widerstreben in die Veräußerung eines dieser Papiere willigte, die ihr eine Art Vermögensstütze waren. Dr. Aveling hat nach eigenem Eingeständnis den Brief, den Eleanor Marx an ihren Sachwalter hinterließ, vernichtet. Nach Lage der Dinge konnte der Brief nur Verfügungen hinsichtlich ihres Vermögensnachlasses enthalten. Es mögen dem Briefe die Formalitäten gefehlt haben, die ihm gesetzlich die Kraft eines letzten Willens gaben. Aber er enthielt ihre letzte Willensäußerung. Zudem er diese so schnell wie möglich beieitigte, zeigte er — was er übrigens auch sonst bewiesen hat —, daß ihm die Tote nichts gewesen war, als ein Objekt der Lustbeutung, daß nach ihrem Tode nur eines von ihr Wert für ihn hatte: ihr Vermögen — nach laß, ihr Geld.

Nach den deutschen Gesetzen würde das ausreichen, damit der Staatsanwalt sich der Sache bemächtigt.

Es entsteht die interessante Frage, ob es mit dem humanitären Standpunkte vereinbar ist — der Sozialismus hat damit nichts zu thun — auf die Bestrafung des Verbrechers hinzudrängen. Nach unserem persönlichen Empfinden würde uns die Bestrafung keine Genugthuung verschaffen. Auch vermögen wir der Theorie der Foklierung der Verbrecher mittels Zuchthäuser nicht beizupflichten. Wir würden eher begreifen, wenn jemand im aufwallenden Zorn dem Schurken den Schädel an der Mauer zerschlekt, als wenn man ihn, nach langamer gerichtlicher Prozedur, langsam und mit Bedacht zu Tode quält. Aber anoeres ist im Spiele, als die Strafe: Einmal muß der letzte Wille unserer Eleanor Marx, den Herr Ed. Aveling zu durchstreichen suchte, zur Geltung kommen. Jedenfalls soll dieser Herr den erwarteten Erfolg von seiner verruchten That nicht haben. Und dann ist es notwendig, daß der Thatbestand der Tragödie, die unsere Eleanor Marx durchlebte, vor aller Welt klar gelegt wird, damit ihr Name rein bleibt, wie ihr Empfinden rein blieb, trotz des Schmutzes, in den man sie gezogen hat. Das ist nur auf dem Wege eines gerichtlichen Prozesses zu erreichen.

Im Unglück zeigt sich die Größe des Charakters. Das hat sich bei Eleanor Marx vollständig bewährt. Man lese z. B. folgende Zeilen, welche die schwer geprüfte Frau an ihren Freund schreibt: Es giebt Leute, denen genau so ein gewisser moralischer Sinn fehlt, wie andere taub sind oder schlecht sehen können oder in anderer Weise

nicht gesund sind. Und ich fange an zu begreifen, daß man ebenso wenig berechtigt ist, die eine Krankheit zu tadeln wie die andere. Wir müssen uns bemühen, sie zu kurieren, und wenn keine Heilung möglich ist, unser Bestes thun. Ich habe dies durch langes Leiden erfahren gelernt — Leiden, dessen Einzelheiten ich selbst Dir nicht erzählen würde —, aber ich habe es gelernt, und so versuche ich es denn, alle diese Prüfungen so gut es geht, zu ertragen. Welche moralische Höhe ist dazu notwendig um in solchen Fällen nicht zu verdammen, sondern begreifen zu lernen? Wem kommt dabei nicht von selbst der Vergleich in den Sinn mit den Worten, welche Christus an die büßende Süberin sprach? Diese Frau zeigt sich noch e b l e r gefimmt, weil sie besser n will, ohne erst die D e u e abzuwarten! —

Aus Handel und Industrie.

Der Export nach den Vereinigten Staaten, so schreibt Calwer in der wirtschaftlichen Wochenschau der Leipziger Volkszeitung, zeigt in dem abgelaufenen Vierteljahr überraschende Ergebnisse. Während im allgemeinen die Ausfuhr zurückgegangen ist, zeigt der Konsularbezirk Hamburg merkwürdigerweise eine Zunahme. Es wurden Waren im Werte von zusammen 5 714 009 Dollar exportiert oder 1 084 872 Dollar mehr als im entsprechenden Quartal 1897. Die Annahme, daß der amerikanisch-spanische Krieg den Verkehr mit den Vereinigten Staaten unterbrechen oder doch mindestens erschweren würde, ist also, für Hamburg wenigstens, nicht eingetroffen. Auffallend ist es daher, daß in dem Bericht des Konsularbezirks Barmer der Exportrückgang doch wieder dem spanisch-amerikanischen Kriege in die Schuhe geschoben wird. Im zweiten Quartal sind aus dem Bezirk Barmer nur für 1 842 452 Dollar Waren ausgeführt worden, während der Export sich im gleichen Zeitraum des Vorjahres noch auf 2 115 833 belief. Es sind mithin im zweiten Quartal dieses Jahres für 773 881 Dollar Waren weniger ausgeführt worden. Die Haupteinbuße haben die Eisenwaren erlitten. Uns will es scheinen, daß der Rückgang in diesem Bezirk ebenso wie in vielen anderen in der Hauptsache durch die amerikanischen Zollverhältnisse, die für Deutschland ungünstig liegen, veranlaßt wurde. In diesem Sinne sprechen sich auch die sächsischen Berichte aus. Im Konsularbezirk Chemnitz beträgt der Export für das Fiskaljahr 1897/98 nur 4 288 255 Dollar und hat gegenüber dem Vorjahre um 1 680 168 Dollar abgenommen. Der Export von Fahrablaternen hat ganz gehört. Wolle Strumpfwaren sind um 75 Prozent zurückgegangen, wollene Handschuhe um noch mehr. Ueberhaupt zeigt die gesamte Textilindustrie große Verluste. Die Abnahme des Wertes der Ausfuhr aus dem Konsulate Plauen ist innerhalb des letzten Jahres sehr erheblich. Im letzten Fiskaljahr betrug die Ausfuhr zusammen 1 573 927 Dollar. Im Jahre vorher betrug sie 2 748 099 Dollar. Das schlechteste Vierteljahr war das eben abgelaufene. In ihm betrug die Abnahme gegen das gleiche Vierteljahr des Vorjahres 547 253 Dollar. Man sieht, die amerikanischen Hochzollzölner haben Deutschland gegenüber ihre Ziele bis zu einem hohen Grade erreicht. Die deutsche Konkurrenz verschwindet von Vierteljahr zu Vierteljahr immer mehr vom amerikanischen Markte. —

Gerichtliche Urteile.

Verstümmeltes.

Ueber eine recht interessante Gerichtsverhandlung berichtet die Frankfurter Zeitung. Dieselbe hatte unter dem 3. August vorigen Jahres eine Zuschrift aus Koblenz veröffentlicht, worin über den **Transport eines Civilisten durch Trainjoldaten** berichtet worden war. Es war darin von einem Augenzeugen geschildert worden, daß der bestimmungslose Civilist — der wegen excessiven Verhaltens in Ehrenbreitstein ins Koblenzer Arrestgebäude gebracht werden sollte — in der Weise transportiert wurde, daß sein nach rückwärts hängender Kopf auf das Straßensplaster aufschlug, was allgemeine Empörung bei den Zuschauern hervorgerufen habe. Die Militärbehörde hat deshalb eine Untersuchung angestellt, und da die transportierenden Soldaten samt dem aufsichtsführenden Unteroffizier alles bestritten, wurde vom Bataillon Straf Antrag gestellt, und daraufhin auch die öffentliche **Klage wegen Beleidigung der Mannschaften** gegen den verantwortlichen Redakteur der Frankfurter Zeitung, Alexander Giesen, erhoben. Am Montag verhandelte die Strafkammer in Frankfurt über die Angelegenheit. Redakteur Giesen erklärt auf Befragen, daß er die Verantwortlichkeit für die Korrespondenz übernehme und lehnt es ab, deren Einsender zu nennen. Er erklärt, er sei aus Gründen, die anzugeben er ablehnen müsse, von der Glaubwürdigkeit seines Gewährsmannes durchaus überzeugt. — Darauf wird der von der Beleidigung geladene Maler Genzel-Pirna als Zeuge vernommen. Er ist an dem fraglichen Abend auf der Durchreise in Koblenz gewesen und hat vom Hotel Viktoria aus einen Auflauf wahrgenommen. Als er hinzukam, sah er den Transport in der von der Frankfurter Zeitung geschilderten Weise, der Kopf hing nach hinten in einer sehr unangenehmen Lage, und der Unteroffizier ging schimpfend hinterher. Bei näherem Zusehen nahm Zeuge deutlich wahr, daß **der Kopf auf dem Pflaster entlang schleifte**. Die Zuschauer gaben ihrer Entrüstung lauten Ausdruck. Der Unteroffizier aber schimpfte weiter, daß es dem Arrestanten Recht geschähe. Erst als Zeuge mit einem Streichholz auf die Achselklappe des Unteroffiziers leuchtete, erscholl das Kommando „Kopf hoch“, und nun wurde der Arrestant besser getragen. Dieser machte absolut den Eindruck eines Dummhütigen und rüferte sich nicht. Zeuge war empört über diese Art des Transports, über den auch die anwesenden Fremden (Ausländer) sehr böse Bemerkungen machten. Am anderen Tage hörte er im Schwimmbad näheres darüber und machte davon der Frankfurter Zeitung, mit der er sonst ebensordentlich wie mit ihrem verantwortlichen Redakteur in einer Beziehung gestanden hatte, lediglich in dem Gefühl der Empörung heraus Mitteilung. Verschiedene Leute haben ihm gesagt, daß der Arrestant in dieser Weise

über die ganze Brücke geschleift worden sei, und daß er regungslos war, so lange die Zeugen ihn sahen. Es haben außerdem eine Reihe anderer Zeugenvernehmungen kommissarisch stattgefunden. Die Aussagen der kommissarisch vernommenen Zeugen deckten sich im wesentlichen mit den Aussagen der Zeugen Gendel. Dagegen haben die beschuldigten Soldaten eidlich alles in Übereinstimmung gestellt. Der Staatsanwalt behauptet auf Grund der Zeugenaussagen, daß an der ganzen behaupteten Ausschreitung nichts sei. Er bezichtigt den Angeklagten, vor Gericht bewußtermaßen eine Unwahrheit ausgesprochen zu haben; denn dieser habe gesagt, daß er dem Einsender ein ganz besonderes Vertrauen entgegengebracht und darum von weiterer Prüfung Abstand genommen habe, während ihm der Einsender persönlich unbekannt geblieben sei. Der öffentliche Ankläger schiebt dem Angeklagten ferner als Motiv für die Publizierung zu, daß er nur aufheuerisch habe thätig sein wollen, und beantragt 1500 Mark Geldstrafe. Der Verteidiger, Justizrat Neukirch, setzt auseinander, daß die Anklage sich als völlig unbegründet erweisen habe. Die geschilderte Art des Transports sei von einer Reihe einwandfreier Zeugen bestätigt worden. Am allerbeweiskräftigsten sei die Erbitterung des Publikums. Wenn man den unbefangenen Zeugen die Aussagen der beschuldigten Soldaten entgegenhalte, so könne doch nicht zweifelhaft sein, wem die größere Glaubwürdigkeit beizumessen sei. Der Strafantrag übersteige alles Maß, namentlich da hier die bona fides außer Zweifel sei. Der Verteidiger beantragte die Freisprechung, für den Fall einer Bestrafung aber eine geringe Geldstrafe. Mit scharfen Worten weist hierauf der Angeklagte, Redakteur Giesen, den gegen ihn gerichteten Ausfall des Staatsanwalts zurück. Er fragt, ob es etwa staatsanwaltliche Gepflogenheit in Gerichtssälen sei, ehrenhafte Angeklagte — und dies Prädikat nehme er für sich an — in Anspruch — öffentlich zu beleidigen, wie es sich der Staatsanwalt erlaubt habe. Er protestierte dagegen, daß man hier seiner Ehre zu nahe trete und ihm bewußte Unwahrheit vorwerfe. Nicht er habe sich eine Unwahrheit zu schulden kommen lassen, sondern der Staatsanwalt habe gegen ihn Behauptungen aufgestellt, die — um die Sache höflich auszudrücken — den Thatsachen nicht entsprächen. Was der Staatsanwalt ihm unterlege, habe er nicht gesagt, sondern lediglich seine Ueberzeugung von der Glaubwürdigkeit seines Gewährsmannes bekundet, über die Gründe dieser Ueberzeugung aber eine Angabe abgesehen. Es sei unerhört, daß der Staatsanwalt um eine herartige persönlich kränkende Beschuldigung erhebe, zu der er nur durch Hinzufügungen und gewaltthätige Auslegungen gekommen sei. Er möge gefälligst achtsamer auf die Aussagen hören und, wenn er hier von der Ehre der Bürger spreche, die durch diesen Prozeß nicht im geringsten tangiert werde, auch die schuldige Rücksicht auf die Ehre der Männer nehmen, die hier im Gerichtssaal stehen. Er siehe mit gutem Gewissen vor dem Gerichtshofe, denn er vertrete eine gute Sache. Nicht die Absicht der Fekerei, wie man ihm imputieren wolle, sei seine Triebfeder bei der Aufnahme des Artikels gewesen, sondern die Menschlichkeit. Nach langer Beratung fällt der Gerichtshof folgendes Urteil: Die in dem Artikel enthaltene Kritik würde zutreffend sein, wenn der Transport wirklich besinnungslos gewesen wäre. Das sei aber nach Ansicht des Gerichts nicht der Fall gewesen. Das Schleifen des Kopfes hätte der Transportat vermeiden können, indem er den Kopf etwas in die Höhe hob. Dies Schleifen sei allerdings vorgekommen, beruhe aber ursächlich auf dem eigenen Willen des Transportaten, der den Kopf auch so weit in der Gewalt gehabt habe, daß eine „erhebliche“ Verührung des Kopfes mit dem Fußboden nicht stattgefunden habe. Daher liege hier allerdings eine Beleidigung vor. Andererseits aber komme für die Strafzumessung in Betracht, daß allerdings das Publikum, welches bei Beginn des Transports nicht zugegen war, den in der Zeitung geschilderten Eindruck vom Transport erhalten habe. Somit sei die Strafe erheblich unter dem Antrag der Staatsanwaltschaft anzusetzen, und das Gericht verurteilte den Angeklagten zu 300 Mark Geldstrafe.

Ein Kapitel aus der Berliner Ständekronik
 dürfte noch während der Gerichtsferien zum gerichtlichen Abschluß gelangen. Im März dieses Jahres wurde die Heiratsvermittlerin geschiedene Frau Elisabeth Hartert in Haft genommen. Das wider sie eröffnete Verfahren wegen Kuppelung, Betruges und gewohnheitsmäßigen Wuchers ist nun so weit gediehen, daß die Ansetzung eines Termins zur Hauptverhandlung unmittelbar bevorsteht. Die Angeklagte ist vor Jahren mit einer bedeutenden Schuldenlast nach Berlin gekommen, hat sich hier aber erstaunlich schnell „herausgearbeitet“ und ist zu verhältnismäßig großem Wohlstand gekommen. Sie hat ihre Angelrute in einem moralischen Sumpfe ausgeworfen und viele Goldfische gefangen.
 Als sie nach Berlin kam, richtete sie sich hier in der Magdeburgerstraße eine opulente Wohnung ein; sie wurde jedoch schließlich gezwungen, dies Quartier zu räumen, weil sich verschiedene Hausbewohner über das unsittliche Treiben, das sich in der Wohnung der Angeklagten entwickelte, lebhaft beschwert hatten. Dann zog sie nach dem Hause Magdeburger Platz 5, wo sie eine Wohnung für 2000 Mark gemietet hatte, die sie äußerst luxuriös einrichtete und zum Sammelpunkte für Lebemänner und sittenlose junge Frauenzimmer machte. In diesen Räumen sollen häufig genug größere und intimere Gesellschaften. Tanzfeste und dergleichen stattgefunden haben, bei denen aktive und inaktive Offiziere, junge Juristen, Bräutler usw. mit der holden Weiblichkeit ihre Degen gefeiert haben sollen. Die Angeklagte, die dabei die Honneurs machte, liebt es, sich ein besonderes Relief dadurch zu verleihen, daß sie sich für die Witwe eines Professors, Tochter eines Medizinalbeamten, Schwägerin eines Gerichtspräsidenten und dergl. ausgab.
 Zu den Gästen ihres Hauses gehörte auch ein Weinhändler aus der Potsdamerstraße, der im Jahre 1896 durch Selbstmord endete. Er war der Held einer in der Wohnung der Angeklagten sich abspielenden Scene, die der Angeklagten

die Anklage zugezogen hat, hinterlistige Kunstgriffe angewendet zu haben, um der Unzucht Vorwand zu leisten. Der ihr zur Last fallende Betrug liegt auf einem anderen Gebiete und zeigt, daß sie einen starken Unternehmungsgelst und große Phantasie besitzt. Es ist ihr gelungen, einem Offizier, der bei ihr verkehrte, vorzureden, daß er der Vater ihrer beiden Kinder sei. Sie hat ihn unter dieser falschen Vorspiegelung nicht nur gehoben, im Verlaufe mehrerer Jahre die Summe von etwa 25 000 Mark herzugeben, sondern ihn auch überzeugt, daß es seine Ehrenpflicht sei, sich mit ihr öffentlich zu verloben, was mit der Aufgabe der militärischen Laufbahn des betreffenden gleichbedeutend war.

Große Einnahmequellen scheint sie in den Geldgeschäften gehabt zu haben, die sie mit verschuldeten Offizieren machte. Ihr Trick bestand zumeist darin, daß sie den geldbedürftigen Offizieren, denen sie aus der Klemme helfen sollte, vor Hingabe der von ihnen verlangten Summe einen Revers zur Unterschrift vorlegte, worin sie sich verpflichteten, sich durch sie unter die Haube bringen zu lassen und ihr eine kolossal hohe Summe für den Fall versprochen, daß es ihr gelänge, sie reich zu verheiraten. Auf diesem Gebiete arbeitete sie mit einer ganzen Anzahl von Offizieren von altem Adel, die sich in finanziellen Nöten befanden. Einen Einblick in die Art, wie sie derartige Geschäfte betrieb, gewährten die hinterlassenen Papiere des Lieutenants Frhrn. Mittelbladt vom Jägerbataillon Nr. 14, der zur Unteroffizierschule in Potsdam abkommandiert war und sich dort am 18. Januar d. J. in seiner Wohnung in der Charlottenstraße eine Kugel durch den Kopf gejagt hat. Er war ein Kunde der Angeklagten und in eine so große pekuniäre Notlage geraten, daß ihm kein anderer Ausweg als der Selbstmord übrig blieb.

Die Angeklagte hat bisher ihre Schuld, namentlich was den Betrug und den Wucher betrifft, bestritten und die Rechtsanwältin Dr. Schmidt und Woffe mit ihrer Verteidigung betraut, die in erster Linie auch den Nachweis führen soll, daß sie bezüglich der Verheiratung verschuldeter Offiziere mit reichen jungen Damen mehr als einen Erfolg aufzuweisen und bei der Abwicklung der Geldgeschäfte gegen das Strafgesetzbuch nicht verstoßen habe. Da werden dann ja reizende Dinge zur Sprache kommen. Leider ist nicht zu erwarten, daß diese Pest, in der sich viele der Edelsten und Besten, die Blüten der Nation, so kanibalisch wohl fühlen, durch die in Aussicht stehende Verhandlung ausgerottet werde.

Kleine Chronik.

Vollständig niedergebrannt ist eine große Maschinenfabrik in Weiden (Sachsen). Sämtliche Bestände sind verbrannt. — Beim Rangieren stürzte ein Rangiermeister in Königsberg i. Pr. von einer Lokomotive. Er wurde überfahren und starb nach kurzer Zeit. — Ein außergewöhnlich großes Exemplar eines Granatkrabes wurde bei Wilhelmshaven gefangen. Das Tier war etwa 10 Centimeter lang und hatte die ungefähre Dicke des kleinen Fingers eines erwachsenen Menschen. Auf dem ersten Ring trug das Tier eine sonderbare Zeichnung, die einem ovalen Medaillon mit der Photographie eines Menschen ähnlich sah. — In Trilj und Sint (Dalmatien) wurden am Sonntag mehrere leichte Erdstöße, in Trilj außerdem ein starker Erdstöß verspürt. Zur event. Aufnahme von Bewohnern der Ortschaften sind durch das Militär 100 Bette aufgestellt worden. — In Sabota ist infolge eines Erdstößes eine Schwefelquelle zu Tage getreten. — Die am 9. Juli fällige Nummer des Oppositionsblattes „Svoboda“ in Sofia war für und fertig, konnte aber trotzdem die Druckerei nicht verlassen, weil so viele seiner Subskribenten nach einander eingesperrt wurden, daß es keinen neuen mehr bekommen kann. — In London wurde die erste elektrische Untergrundbahn eröffnet. Die Bahn durchläuft die Strecke mit Schnellzuggeschwindigkeit. — Ein Fabrikbesitzer in Lodz (Polen), der als Millionär galt, wurde verhaftet, als er im Begriffe war, seine Fabrik in Brand zu stecken, um sich die Versicherungssumme von einer halben Million zu sichern. Seine Tochter war mit dem Sohne eines deutschen Kaufmanns verlobt. Auf die Nachricht von der Verhaftung entzog der Vater des Bräutigams seinem Sohne die Erlaubnis zu der Verlobung, worüber dieser so erregt wurde, daß er sich vor den Augen seiner Eltern und Geschwister erschoss.

Wasserstände.

	12. Juli	13. Juli	14. Juli	15. Juli	16. Juli
Außig	- 0.04	+ 0.05	- 0.02	- 0.02	- 0.02
Dresden	- 1.17	- 1.24	- 0.07	- 0.07	- 0.07
Torgau	+ 0.76	+ 0.82	- 0.06	- 0.06	- 0.06
Wittenberg	+ 1.40	+ 1.42	- 0.02	- 0.02	- 0.02
Kosbau	+ 0.82	+ 0.96	- 0.14	- 0.14	- 0.14
Barby	+ 1.36	+ 1.58	- 0.22	- 0.22	- 0.22
Schneebed.	+ 1.20	+ 1.26	- 0.06	- 0.06	- 0.06
Magdeburg	+ 1.41	+ 1.56	- 0.15	- 0.15	- 0.15
Tanzgermünde	+ 1.84	+ 1.90	- 0.06	- 0.06	- 0.06
Wittenberge	+ 1.63	+ 1.62	- 0.01	- 0.01	- 0.01
Dömitz, Pegel	+ 1.03	+ 1.06	- 0.03	- 0.03	- 0.03
Lausenburg	+ 1.15	+ 1.16	- 0.01	- 0.01	- 0.01

Unterhaltungsteil.

Der Lump.

(Schluß.)

Otto lehnte an einem Fauteuil und meinte.
 „Ihr — ihr schneidet mir ja — die ganze — Besserung ab!“
 „Aus Dir wird doch nichts; das habe ich vor zehn Jahren schon gesagt. Du hast immer Deine Dummheiten und Deine unsinnigen Pläne im Kopf gehabt.“
 „Aber das hängt doch damit nicht zusammen!“
 „Ja wohl! Eins kommt zum anderen! Du bist dadurch erst so leichtsinnig geworden. Also kurz und bündig: in meinem Hause hast Du nichts mehr zu suchen und wir kennen uns nicht mehr! Glück auf den Weg. Bitte.“
 Er wies auf die Thür und der Arme ging bedrückt und bekümmert hinaus. Auf der Treppe machte er sich in einem „Lump“ Luft, aber der Angeredete war längst drinnen verschwunden.
 Als er hinaustrat, brütete Mittagshitze über der Straße. Es war, als siedete die Luft, an den Wänden und Sträuchern hingen die Blätter regungslos und staubig herab. — Witten auf dem Fußsteig schloß ein großer Hund. Während verjagte ihm der Verbrecher einen Trit: „Der hat mehr wie einmal gestohlen und bekommt immer noch satt zu essen!“

Da sieht er in einiger Entfernung einen selbstelebenden Herrn.
 „Albert!“
 „Aber der Herr hört nicht und geht auf die andere Seite.“
 „Albert.“
 „Aber der Herr hört noch immer nicht.“
 „Guten Tag Albert! Kennst Du mich denn nicht mehr?“
 „Was wollen Sie von mir, mein Herr?“
 „Ich bin doch Otto König!“
 „Ich kenne Sie nicht!“
 „Albert, Du willst mich nicht kennen. Ich will mich Dir auch nicht aufdrängen, aber Dir scheint es jetzt gut zu gehen und ich habe Dir doch früher Geld geliehen und ich könnte es jetzt gebrauchen.“
 „Mein Herr, wenn Sie sich nicht sofort entfernen, rufe ich einen Schuhmann! Ich ersuche Sie dringend, mich nicht länger zu belästigen!“
 „Du bist ein Lump! Das hatte ich Dir doch nicht zugerechnet. Aber mir geschieht ganz recht! Warum mußte ich Dir auch alles hingeben, als ich selbst so gut wie gar nichts hatte. Das ist nun der Dank!“
 „Sparen Sie sich Ihre albernen Reden!“
 „Lump Du!“ Er spuckte aus und ging. Wie hoch stand er, der Fuchthäusler, doch über solchem Ehrenmann!
 „Hm, ja! Das mußte ja auch eines Tages so kommen. Ich hätte klüger sein sollen. Ueberhaupt die Dankbarkeit! Ach ja, Lisbeth! Wie die sich wohl durchwindet!“
 In der Holzstraße. Ein Haus bis an den Himmel. Er muß sich auf dem Hof durch zahllose, schreiende Kinder drängen. Dann eine steile Treppe mit abgetretenen Holzstufen hinauf; in jedem Stockwerk ein anderer aufbringlicher Geruch nach Essen.
 Ueberall drei Thüren und sechs Namenschilder.
 „Wilhelmine Schneider.“
 Ein dickes Weib mit schmutzigem Kittelrock kommt aus der geöffneten Thür.
 „Ist Fräulein Lisbeth vielleicht zu Hause?“
 „Erlaube Sie man ein! Ich glaube, ich kenne Sie! Sie werden ja schon finden! Da die Thür rechts!“
 Er klopfte an.
 „Gere!“
 Ein helles ungemütliches Zimmer. Ueberall bunte Papierflächer. Auf der Spiegelkommode zwischen verschiedenen Nippes steht ein Bild, welches ein Mädchen mit weißem Kleid vorstellt. Darunter stehen in plumpen, eckigen Buchstaben die Worte: „O wäskle er's wie ich ihn liebe!“
 Lisbeth sitzt im Epheumorgensockel auf dem Sopha und trinkt den Morgentee; sie ist gerade aufgestanden.
 Otto reicht ihr die Hand: „Guten Tag, Herz!“
 „Ach Du bist es Otto! Guten Tag! Sieh Dich!“
 „Wie geht es Dir, Kind?“
 „So, lala!“ Ganz leise fragt sie dann: „Du bist wohl heute erit freigekommen!“
 „Ja heute fröh!“
 „Hast Du Durst? Da! trink 'ne Tasse Kaffee!“
 „Ich danke schön!“ Seine Kehle ist so trocken geworden. Sie knabbert an einem Zwieback. Eine Weile schweigen beide. Dann fängt sie an:
 „Das war doch sehr unrecht von Dir!“
 „Ich hab's doch nur Deinetwegen gethan!“
 „Deinetwegen? Ach, Unsinn!“
 „Ja, um Dir alles zu schein, das Halsband, die Ohrringe, die Kleider und das andere.“
 „Wenn ich das gewußt hätte, hättest Du alles behalten können!“
 „Ja ich selbst hatte doch nur meine fünfundsachtzig Mark Gehalt!“
 „Damit konntest Du mir gestohlen werden! Hungern konnte ich allein!“
 „Und deshalb habe ich das Geld unterschlagen?“
 „Mir konnte es ja gleich sein! Ich konnte immerzu einen andern bekommen.“
 „War ich Dir denn ganz gleichgültig?“
 „Sie sahte. Wenn Du kein Geld gehabt hättest, natürlich!“
 „Du hast mir aber tausendmal gesagt, Du hättest mich so lieb!“
 „Ach das sagt man so! — Na jetzt hast Du doch wieder was! Du hast Dir doch sicher etwas irgendwo versteckt!“
 „Nein! Keinen Pfennig! Ein Betrüger bin ich ja gewesen, aber kein Gauner!“
 „Dann geh man lieber wieder nach Hause!“
 „Was soll das heißen, Lisbeth?“
 „Wenn Du kein Geld hast.“ sie zuckte mit den Achseln.
 „Das ist alles, was Du für mich übrig hast?“ — Er weinte beinahe wieder.
 „Deinen Revolver kannst Du Dir mitnehmen!“
 „Dann habe ich also keinen Menschen mehr?“
 „Rede doch nicht! Ammoniciere doch einmal im Generalanzeiger!“
 „Es hilft ja nichts! — Ich will wieder gehen! — Wo ist mein Revolver?“
 „Da in der Schublade. — Weiter links. Bist Du kriegerisch Du noch ein paar Groschen dafür?“
 Er drehte an dem Rastenschloß der Schußwaffe und sah, ob die Feder noch schnappte.
 „Sind die Kugeln auch noch da?“
 „Ja, gleich daneben!“
 Dann lud er den Revolver, steckte die Sicherung zu und schob ihn in die Tasche.
 „Du willst wohl auf die Wanderschaft?“
 „Ja!“
 „Du, nimm es mir nicht übel! Du mußt jetzt gehen! Mein Schatz kann jeden Augenblick kommen!“
 „Ich will so wie so fort. Adieu! Laß es Dir gut gehen!“
 „Danke gleichfalls! Adieu!“
 Auf der Treppe begegnete er einem dickgepflegten Studenten mit vielen Ziffern im Gesicht, der einen penetranten Geruch von Jodoform von sich ausströmte.

Nach dem Essen war er wieder etwas frischer geworden und schritt nun so schnell als möglich nach der Behrensstraße. Ein Banthaus neben dem anderen. Millionäre wie Spayen.

Das Haus war neu angestrichen, sonst hätte sich nichts verändert. Den Vorleser konnte er nicht mehr, der mußte neu sein. Ueberall elektrisches Licht! Er stieg die teppichbelegten Stufen hinauf zwischen Marmorsäulen und Bronzestatuen; heute ging er nicht die schmalen, steinernen Hintertreppen, die er früher als Angestellter hatte benutzen müssen. Der Kommerzienrat Werner kam gerade herunter. Er erkannte ihn am Schritt. Jetzt mußte er ihn gleich sehen. Dem Armen klopfte das Herz gewaltig!

„Guten Tag, Herr Mat!“
 „Wer sind Sie?“
 „Ich helfe Otto König!“
 „Was suchen Sie hier?“
 „Ich wollte Ihnen nur sagen, daß Sie an meinem Unglück schuld sind!“
 „Habe ich Sie stehlen heißen?“
 „Ja! Durch ein Lumpengehalt! Sie haben mich gezwungen, Schulden zu machen! Sie haben mich ins Banthaus gebracht!“
 „Unfinn! — Scheren Sie sich fort!“
 „Dabei haben Sie sich selbst Ihre Millionen durch Schwindel und Leuteschinden geschafft!“
 „Scheren Sie sich fort! Oder ich lasse Sie hinauswerfen!“
 „Geben Sie mir meine Ehrlichkeit wieder!“
 Der Kommerzienrat rief hinterher: „Johann, Johann! Werken Sie den Menschen hinaus!“
 Ein Knacken . . . Ein Krachen . . . Der Mat sinkt zusammen . . . „Hilfe! Mörder!“
 Als die Diener herbeistürzten, hatte der Verbrecher sich bereits durch einen Schuß in den Mund getötet.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Seit der Nordpol-Ballonfahrt Andrees und seiner Begleiter Strindberg und Fränkel war am 12. Juni gerade ein Jahr verflossen. Bis zur Stunde liegt auch nicht ein einziges sicheres Zeichen vor, das einen Anhalt dafür geben könnte, welche Richtung Andrees Polarballon „Alder“ eingeschlagen hat, wo die Expedition gelandet ist oder welchem Schicksal selbst sie entgegenging. Zwar hat es an einer ganzen Menge Gerüchte nicht gefehlt, wonach der Ballon halb hier, halb dort gesehen sein sollte, aber bei der Art der Andreeschen Expedition ist nicht zu verwundern, daß sie im Laufe des einen Jahres so viel von sich reden gemacht hat. Die Luftballonreise mußte sich innerhalb einiger Wochen abspielen, sie hat höchstwahrscheinlich noch vor Ablauf des Monats, in dem sie begann, ihr Ende gefunden, aber im Gegensatz zu den anderen Polarexpeditionen, die ihren Weg nach ihrem Belieben wählen konnten, war Andree dem Winde preisgegeben, wenn er auch mit Hilfe seiner Schlepptaue und seiner Segeleinrichtung in stände gewesen sein mag, eine Ablenkung von der Windbahn, nach Andrees früheren Erfahrungen um 27 Grad und darüber, zu erzielen. Beim Aufstieg am 11. Juli 1897 rissen wohl einige bedeutende Teile der Schlepptaue ab, doch war Andree im stände, diese durch das in der Gondel befindliche Reiserbetan zu ergänzen. Somit haben wir denn auch, schreibt die Wossische Zeitung, erlebt, daß der Andreesche Ballon seit der

Abreise in den verschiedensten Weltgegenden gesehen worden sein soll. Ein holländischer Schiffskapitän bemerkte einen ballonartigen Gegenstand im Eismeer, bald danach sah ein Hülfeher in Amerika den Ballon gegen die grönländische Nordküste schweben, dann tauchte er bei Gangejund an der norwegischen Küste, danach in Sibirien auf, wo ein Verschickter ihn bemerkt haben wollte. Zur Abwechslung kam dann wieder ein Ballongericht aus Winnipeg, ebenso aus Zwigtut, dem Grubenbezirk im südlichen Grönland, wo das Mineral Kopolith gebrochen wird. Auch aus dem Innern Sibiriens, aus Ufschust, kam ein solches Gerücht, anscheinend darauf beruhend, daß zwei spät abends aus der Kneipe heimkehrende Russen den Mond für den Ballon gehalten hätten. Besondere Bewegung aber verursachte es, als im Oktober v. J. in Nordb einige Eismeerschiffer von ihrer Fangreise nach Spitzbergen eintrafen, wo sie in der Nähe des Eisfjords „Notschreie“ gehört haben wollten, inselgedessen man Andree und seine beiden Begleiter in Spitzbergen wähnte. Mit außerordentlicher Schnelligkeit wurde in Tromsø auf Veranlassung der norwegischen Regierung eine Expedition ausgesetzt, die im November unter Leitung des bekannten Eismeerschiffers Krämmer angefaßte des begonnenen Polarwinters nach Spitzbergen fuhr und dort mit ständig brennenden Laternen die Gegend absuchte, aber nichts Verächtliches fand. Dann kam, Januar d. J., wiederum aus Amerika ein Ballongericht, und zwar aus dem westlichen Alaska, das aber auf Grund der eingeleiteten Untersuchung ebenso wenig wie alle anderen Gerüchte einen Halt bot. Nun beginnt die Zeit, in der wir mit einiger Wahrscheinlichkeit Nachrichten von Andree entgegensehen können, wenn er noch am Leben ist. Andree selbst hielt es nicht für glaublich, daß vor dem Spätkommer 1898 zuverlässige Nachrichten über die Expedition eintreffen könnten. Aus dem Ausbleiben von Mitteilungen bis jetzt muß man schließen, immer vorausgesetzt, daß Andree mit seinen Gefährten noch unter den Lebenden weilt, daß die Landung oder die Ueberwinterung der Andreeschen Expedition in einem entfernten Polargebiet erfolgt sein muß, da es andernfalls der Expedition schon im vorigen Jahr hätte möglich sein müssen, in Verbindung mit der bewohnten Welt zu kommen.

Vermischte Nachrichten.

Mr. Vanderbilt auf der Flucht. Der amerikanische Millionär Mr. Vanderbilt traf am vorigen Montag mit seiner jungen Frau in Wien ein und stieg im Hotel Imperial ab. Kaum war seine Ankunft in den Zeitungen gemeldet, als sich auch schon eine Sturmflut von Bettelbriefen, Offerten jeder Art, Hymnen und Lieder über den reichen Mann ergoß. Herr Vanderbilt faßte, um Ruhe zu haben und Zeit zur Beschäftigung Wiens und zu seiner Unterhaltung zu finden, den Entschluß, alle an ihn gelangenden Briefe uneröffnet an die Postämter zurückzugeben, alle Offerten abzulehnen, niemand zu empfangen und absolut nichts zu kaufen. Auf diese Art glaubte er doch zu einem friedlichen Aufenthalt von vierzehn Tagen in Wien zu gelangen. Aber alle Vorsicht erwies sich als unzureichend. Am Freitag früh erschien der Gelbbriefträger bei Mr. Vanderbilt und forderte von ihm auf Grund einer Postnachnahme den achtjährigen Abonnementbetrag einer Wiener Sports- und Jagdzeitung, welche ihm angeblich während dieser langen Zeit nach Newyork zugesandt worden war. Herr Vanderbilt erinnerte sich nicht, das

Blatt abonniert oder jemals gesehen zu haben, gab aber Ordre, sofort seine Koffer zu packen und verließ in der That schon am Sonnabend früh die Residenz, um sich nach Salzburg zu begeben, wo er wenigstens vor den Nachschümen von Sportzeitungen sicher ist, da dort kein derartiges Organ erscheint.

Alles elektrisch. In eigenartiger Weise wurde jüngst die große elektrische Ausstellung in New-York eröffnet. Während bei anderen Ausstellungen Wert auf die Anwesenheit hoher Persönlichkeiten gelegt wird, war es hier umgekehrt. Präsident Mac Kinley eröffnete zwar die Ausstellung, aber von Washington aus, und zwar mit dem berühmten goldenen Schlüssel, mit dem sein Vorgänger, Cleveland, die Weltausstellung in Chicago eröffnet hat. Als der Präsident in Washington diesen Schlüssel in einem Schlosse herumdrehte, setzen sich in New-York sämtliche Maschinen der elektrischen Ausstellung in Bewegung; gleichzeitig telegraphierte Mac Kinley, es gewähre ihm ein Vergnügen, die elektrische Ausstellung in „Groß-New-York“ zu eröffnen und an der wunderbaren Vorführung der neuesten Verfahren der elektrischen Uebertragung auf diese Weise teilzunehmen. Dann hielt der Vice-Präsident Hobart von Washington aus eine telephonische Ansprache, die auf der Festtribüne in Empfang genommen und durch einen Phonographen den Umstehenden mitgeteilt wurde. Kaum waren beide Botschaften eingetroffen, so wurde ihr Wortlaut in einer elektrisch betriebenen Schnellsehmaschine gesetzt, dann in Formen gepreßt und auf der Presse gedruckt; die gedruckten Vogen wurden mit einem Messer, das natürlich wie alle anderen Maschinen mit Elektromotor betrieben war, zerschritten. Als das dauerte nur einige Minuten, und noch ehe der Vorsitzende des Ausstellungs-Komitees seine Bemerkungen über die Botschaften vollendet hatte, wurden diese in gedrucktem Zustande verteilt.

Seiteres.

Fatale Verhigung. Frau Majorin (die im Begriffe ist, nach einem anderen Ort überzusiedeln): „Wenn ich fort bin, wird man hier im Kränzchen gewiß recht über mich losziehen!“ — Frau Inspektor: „Aber, ich bitte Sie, Frau Majorin! Wenn Sie zwei Tage weg sind, denkt ja kein Mensch mehr an Sie!“

Druckfehler. (Aus einem Roman.) Stürmisch flog ihr Wesen auf und nieder, als „Er“ da war. — „O, richte mein Vergehen nicht zu streng!“ flehte Aurelie und barg ihr trauriges Gesicht an seiner Brust.

Beschneidung ist eine Bier. In den Laden eines Schlächtermeisters in Kurhaven trat kürzlich ein Fremder und richtete an den Meister die Frage: „Haben Sie gute Wurst und was für welche?“ Dienstfertig antwortete der Meister: „Sie können vorzügliche Metts-, Blut- und Leberwurst erhalten.“ „Könnte ich die Wurst mal probieren?“ fragte der Fremde lächelnd. „Recht gern,“ antwortet der Verkäufer erfreut, in der Hoffnung, dem Fragesteller recht viel von seiner Ware zu verkaufen. Behaglich verzehrte dieser die nicht zu knapp geschnittenen Scheiben der verschiedenen Wurstsorten und sagte dann mit befriedigter Miene: „Sie haben nicht zu viel gesagt, die Wurst ist vorzüglich. Guten Abend! Verblüfft rief der Meister: „Ja, wollen Sie denn keine Wurst mitnehmen?“ „Nein, ich danke schön, ich bin nun satt!“

Buchhandlung
Volksstimme
 Magdeburg, Breiteweg 127.

Wir machen die Vereinsvorstände auf unsere reichhaltige Auswahl in **Gesetzbüchern** aufmerksam und empfehlen als besonders wichtig:

Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich.
 Preis 1 Mt.

Reichs-Gewerbe-Ordnung. | **Krankenversicherungs-Gesetz.**
 Preis 2.00 Mt. | Preis 1.20 Mt.

Gesetz betr. die Gewerbegerichte.
 Preis 50 Pfg.

Genossenschafts-Gesetz. | **Neues Handwerker-Gesetz.**
 Preis 1.25 Mt. | Preis 75 Pfg.

Das Vereins- u. Versammlungsrecht in Deutschland.
 210 Seiten. Preis (broch.) 2.50 Mt. 210 Seiten.

Ferner empfehlen wir:

Der Arbeitsvertrag des Gewerbe- und Fabrikarbeiters.
 Von Richard Lipinski.
 Preis 30 Pfg.

Küchenzettel des Lehrereinen- und Damenheims, Breitenweg 82, 1 Et.
 Freitag: Nudelsuppe, Schellfisch mit Mosterbutier und Salatartoffeln.
 Sonnabend: Brühlsuppe, Beschamellartoffeln und Rindfleisch.

Küchenzettel der Magdeburger Volkshäuser.
 Gr. Marktstr. 2 und Schmidtstr. 61
 Freitag: Grüne Wollnen mit Hammelfleisch.
 Sonnabend: Reissuppe mit Rindfleisch.

750 Millionen
 Liter Wasser für Dampf- und Wasserbäder verbrauche täglich das alte, habende Rom- und soll deshalb zwei Jahrhunderte lang keines Arztes bedürft haben.

100 Millionen
 Liter Wasser nur verbraucht das ärztereiche Berlin täglich zu Bädern, gewerblichen und anderen Zwecken. Diese Thatsache möge genügen, um jeden denkenden Menschen, dem seine Gesundheit am Herzen liegt, zu veranlassen, monatlich mindestens 1 bis 2 **Kochbäder-Dampfbäder** zu nehmen.

Probe-Dampfbad nur 1 Mark
 gegen Uebgabe dieser Annonce.

E. Seebach's Badeanstalt, Gr. Schulstr. 4
 1577. Sieferant fast sämtlicher Kranrentassen Magdeburgs und Umgegend.

Dankfagung.
 Zurückgeführt vom Grabe unserer lieben Pflögeltcher, sagen wir allen Verwandten und Bekannten für das Beileid und den schönen Blumenbesuch unser herzlichsten Dank. Besonders fühlen wir uns zu Dank verpflichtet den Arbeiterinnen der Herren Pfeiffer u. Schmidt für den schönen Kranz. Gleichzeitig auch unseren tiefgefühltesten Dank für den Kranz von Herrn Aders Fabrik.

Die trauernden Hinterbliebenen
Friedrich Otto nebst Frau und **Bruder Carl Huth.**
 452

Standesamt.
 Magdeburg, 13. Juli.
 Aufgebote: Berich-Beamter Heinrich Mohr in Sudenburg. — Friedrich Reimer hier. Arbeiter Ernst Ebeling in Sudenburg.

mit Anna Krüger hier. Arbeiter Friedrich Wangerstr. 44 J. 7 Mt. 25 L. Otto, S. des Theresie Julie Voitge in Ufersleben. Arb. Ditto Marjchner, 2 Mt. 26 L. Luise, T. des Arb. Robert Müller, 4 J. 11 Mt. 3 L.

Totgeburt: Ein Sohn, unehelich.

Neustadt, 13. Juli.
 Geburten: Nanny, T. des Schulassistenten Ernst Kellner. August Julius Heinrich, unehelich. Frieda, T. des Arb. Hermann Guhl. Käthe, T. des Arbeiters Wilhelm Boettcher. Eddy, T. des Töpfers Wilhelm Körber. Hermann Walter, unehelich. Willy, S. des Tischl. Karl Scharlach. Todesfälle: Luise geb. Kelm, Ww. des Kastellans Julius Rebenklay, 71 J. 15 L. Walter, S. des Sattlers Friedrich Preußer, 5 Mt. 25 L. Emma, T. des Scheinmeisters Friedrich Lehmann 1 J. 12 L. Ditto, S. des Arbeiters Friedrich Ruit, 3 Mt. 12 L.

Schenswürdigkeiten.
Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11—2, desgl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11—3 Uhr. Am Montag (Reinigungstag) zu der gleichen Zeit 50 Pfg.

Der Dom unentgeltlich geöffnet in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September früh 9 bis 10 Uhr, sonntäglich stets in der Zeit zwischen dem Vormittagsgottesdienst der Civil- und Militär-gemeinde. Zu allen anderen Zeiten Meldung beim Küster, Gebühr 50 Pfg.

Heinrichshofensche Kunst-Ausstellung Eintritt frei.

Panorama Magdeburg, Kaiser Wilhelm-Platz.
Georgische Gewächshäuser im Friedrich Wilhelm-Garten: Geöffnet von 8—12 Uhr vormittags und von 2—7 Uhr nachmittags. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg. schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch 8—11 Uhr und 1—3 Uhr, sowie jeden 1. Sonntag im Monat. Alle übrigen Sonntage 2—7 Uhr nachmittags. Eintritt 10 Pfg.

Stadts-Bibliothek: An den Wochentagen geöffnet von 10—11 Uhr.
Mathes Kunstsalon. Geöffnet Wochentags 8—7 Uhr. Eintritt frei.

Wangenstr. 44 J. 7 Mt. 25 L. Otto, S. des Theresie Julie Voitge in Ufersleben. Arb. Ditto Marjchner, 2 Mt. 26 L. Luise, T. des Arb. Robert Müller, 4 J. 11 Mt. 3 L.

Totgeburt: Ein Sohn, unehelich.

Neustadt, 13. Juli.
 Geburten: Nanny, T. des Schulassistenten Ernst Kellner. August Julius Heinrich, unehelich. Frieda, T. des Arb. Hermann Guhl. Käthe, T. des Arbeiters Wilhelm Boettcher. Eddy, T. des Töpfers Wilhelm Körber. Hermann Walter, unehelich. Willy, S. des Tischl. Karl Scharlach. Todesfälle: Luise geb. Kelm, Ww. des Kastellans Julius Rebenklay, 71 J. 15 L. Walter, S. des Sattlers Friedrich Preußer, 5 Mt. 25 L. Emma, T. des Scheinmeisters Friedrich Lehmann 1 J. 12 L. Ditto, S. des Arbeiters Friedrich Ruit, 3 Mt. 12 L.

Schenswürdigkeiten.
Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11—2, desgl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) von 11—3 Uhr. Am Montag (Reinigungstag) zu der gleichen Zeit 50 Pfg.

Der Dom unentgeltlich geöffnet in der Zeit vom 1. Mai bis 15. September früh 9 bis 10 Uhr, sonntäglich stets in der Zeit zwischen dem Vormittagsgottesdienst der Civil- und Militär-gemeinde. Zu allen anderen Zeiten Meldung beim Küster, Gebühr 50 Pfg.

Heinrichshofensche Kunst-Ausstellung Eintritt frei.

Panorama Magdeburg, Kaiser Wilhelm-Platz.
Georgische Gewächshäuser im Friedrich Wilhelm-Garten: Geöffnet von 8—12 Uhr vormittags und von 2—7 Uhr nachmittags. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg. schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch 8—11 Uhr und 1—3 Uhr, sowie jeden 1. Sonntag im Monat. Alle übrigen Sonntage 2—7 Uhr nachmittags. Eintritt 10 Pfg.

Stadts-Bibliothek: An den Wochentagen geöffnet von 10—11 Uhr.
Mathes Kunstsalon. Geöffnet Wochentags 8—7 Uhr. Eintritt frei.